

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

371 Delegierte. — Dr. Czech über politische Situation und Regierungsbildung. — 30 Redner
sprechen in der Debatte. — Die Beschlüsse.

Am Donnerstag wurde der Parteitag einberufen. — Samstag nachmittag trat er zusammen, versammelten sich dreihundertundsechzig Delegierte. So wunderbar funktioniert die Maschinerie unseres Organisationsapparates, daß fast über Nacht die gesamten Vertrauensleute der Partei zu mobilisieren sind! Und so stark ist das Verantwortungsbewußtsein unserer Genossen, daß ein Signal der Partei genügt, um die Abgesandten aller Organisationen zu weiter nächtlicher Fahrt, zu beschwerlicher Reise, zu anstrengender Beratung, zu vielstündiger, alle Nerven anspannender Wechseltrede, zu entscheidungsvoller Beschlusfassung zu rufen!

Die Liebe zur Partei und zur Idee, der sie dient, die Treue der Mitgliebschaft machen allein ein solches Funktionieren der Organisation möglich. Ohne sie wäre die Organisation ein seelenloser Mechanismus, — durch sie wird die Organisation, wird die Partei zu einem wunderbaren Instrument, das alle Regungen des Arbeiterlebens empfindet, alles Wollen der Arbeiter zusammensetzt, — sie wird geformt durch den Willen der Klasse.

Die lebendig unsere Partei ist, wie die Arbeiter ringen mit den Problemen der Politik, mit den ganz besonderen politischen Problemen, die dem Arbeiterkampf im Nationalitätenstaat gestellt sind, wie sehr also die vielgestaltige Organisation des tschechendeutschen Proletariats durch den Geist regiert wird, das zeigte der Verlauf unseres außerordentlichen Parteitages. Dreißig Redner sprachen, Arbeiter aus den Betrieben und beamtete Vertrauensleute, Gelehrte, Redner und Männer, die führend mit dem Worte ringen, Genossen aus allen Teilen des Landes, Kämpfer, die seit Jahrzehnten in den vordersten Reihen stehen, und junge Genossen, Männer und Frauen, Vertreter der verschiedensten Organisationszweige, Befürworter der Teilnahme der Partei an einer Regierungskoalition u. Gegner eines solchen politischen Schrittes. Und jede der dreißig Reden war Ausdruck der gleichen heißen Liebe zur Partei, der Sorge um das Wohl der Arbeiterklasse, um die Zukunft der Bewegung.

Selbstverständlich gab es Meinungsverschiedenheiten. Wir sind froh darüber, wir sind stolz darauf, denn was war die deutsche Sozialdemokratie, wenn es in ihren Reihen keine Meinungsverschiedenheiten gäbe, kein sorgliches Erwägen des Für und Wider, keine geistigen Strömungen! Daß in ernster Stunde so heiß gerungen wurde, welchen Weg die Partei zu gehen habe, das war herrliches Zeugnis der hohen politischen Reife unserer Vertrauensleute, aber auch ihres hohen Verantwortungsbewußtseins. Und daß die Auseinandersetzungen über eine Frage, an der so oft sich die Geister in den sozialistischen Parteien erhitzt haben, geführt wurden im Geiste brüderlicher Gemeinschaft, das war mehr noch als ein Beweis, daß das Grußwort, das von der Stirnwand des Beratungssaales leuchtete, lebendig ist in aller Herzen: Freundschaft!

Wenn Freundschaft uns alle verbindet — im Verhältnis zwischen der Mitgliebschaft und dem Rader der Vertrauensleute und zwischen Mitgliebschaft, Vertrauensmännern und Parteileitung ist diese Freundschaft gesteigert zu liegendem Vertrauen. Wie echt, wie wahr, wie aus begeisterten Herzen aufräuhend war der Beifall, der den Parteivorstehenden Genossen Dr. Czech empfing, der seinen Reden folgte! Ein Kampfspeer, in dem die Streiter mit dem Führer durch so schönes Vertrauen, durch so aufrichtige Liebe verbunden sind, ist unüberwindlich!

Freundschaft, dauernde Freundschaft will das tschechendeutsche Proletariat auch mit seinen tschechischen Klassenanossen. Daß das Band, das in Smichov geknüpft wurde, nie mehr zerreiße, daß die Kampfgemeinschaft mit

den tschechischen Arbeitern eine immer enger werde — diesem Wunsche, diesem drängenden Verlangen verließ fast jeder Redner Worte. Er war auch mitentscheidend bei der Beschlusfassung des Parteitages.

Bei jedem ihrer Schritte, bei jeder Entscheidung, die sie fassen wird, begleitet, stützt das Vertrauen der gesamten Partei unsere Führer. Ihre Politik ist im Einklang mit dem Wollen der Masse, — zu ihnen, hinter ihnen steht die gesamte Partei — das ist das herrliche Ergebnis unseres außerordentlichen Parteitages.

Der außerordentliche Parteitag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik trat Samstag nachmittag im Volkshaus in Kuffig zusammen. Der große Volkshausaal, von dessen Stirnwand in Plakatschrift das proletarische „Freundschaft“ grüht, ist von der großen Zahl der erschienenen Delegierten aus allen Teilen des Organisationsgebietes der Partei vollkommen besetzt. Pünktlich drei Uhr nachmittags wird der Parteitag eröffnet. Zunächst singen die Sänger des Kuffiger Singervereines den Chor, „Brüder zur Sonne zur Freiheit“, worauf Genosse Arcmser im Na-

Die politische Situation und die Arbeiterklasse

Genosse Dr. Czech das Wort.

Dr. Czech
(mit lebhaftem Beifall begrüßt: Der Parteitag steht vor einer verantwortungsvollen Entscheidung, die wahrscheinlich einen

Wendepunkt in der Politik des Landes bedeutend wird. In den vergangenen vier Wochen hat sich ein schwerer Machtkampf zwischen der kapitalistischen Bourgeoisie und dem Sozialismus abgepielt. Es wurde allen Ernstes der Versuch gemacht, den geschlagenen Bürgerblut wieder aufzurichten. Jetzt steht nach dem Scheitern verschiedener anderer Kombinationen ein Konzentrationskabinett im Vordergrund, das aus tschechischen und deutschen agrarischen, liberalen und kapitalistischen Gruppen einerseits und dem sozialistischen Block andererseits bestehen soll. Wir wurden vor die Frage gestellt, ob wir bereit sind, gemeinsam mit den tschechischen Genossen in dieser Regierung mitzuarbeiten. Wir haben erklärt, daß diese Entscheidung nur von unserer höchsten Parteimacht, dem Parteitag, gefällt werden kann, daß wir aber die Voraussetzungen für die Koalitionspolitik prüfen wollen. Wir haben schließlich, unter Vorbehalt der Zustimmung des Parteitages, uns zur Verhandlung bereit gefunden.

Ueber die Frage der Koalitionspolitik an sich sind sich alle Parteien der sozialistischen Arbeiterinternationale einig. Für sie ist das Koalitionsproblem ein grundsätzliches Problem, sondern nur eine Frage der Zweckmäßigkeit.

eine Frage der Taktik.

Auch der Beschlus unseres Karlsbader Parteitages vom Jahre 1920 schließt die Koalitionspolitik nicht grundsätzlich aus und schon im Jahre 1921 auf unserem Teichener Parteitag haben wir ausdrücklich festgestellt, daß gewisse Situationen uns zur Koalitionspolitik zwingen können.

Wir stehen nicht vor der Frage, ob Koalitionspolitik überhaupt zulässig, sondern ob sie im gegebenen Falle möglich ist. Hier aber ist es notwendig, einerseits die internationale Lage und die wirtschaftliche und innerpolitische Situation zu analysieren und andererseits die Verhältnisse innerhalb der Arbeiterbewegung des Landes und vor allem das Stärkeverhältnis und die Wirkungsmöglichkeiten des Sozialismus einer eingehenden Prüfung zu unterziehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in letzter Zeit eine wesentliche Stärkung der Arbeiterbewegung zu verzeichnen ist. Aber der Arbeiterbewegung steht auch eine wirtschaftlich und

politisch erstarkende Bourgeoisie gegenüber. Gleichzeitig schwächen sich auch die Interessengegenstände innerhalb der Bourgeoisie ab, besonders wenn es um den Kampf gegen den Sozialismus geht. Aus dieser Entwicklung müssen sich gegen die Koalitionspolitik Bedenken ergeben, zumal die Regierung, die uns hier präsentiert wird, eine Konzentrationsregierung ist, an der auch solche Parteien teilnehmen, mit denen man schwer Sozialpolitik machen kann. Hierzu kommt noch, daß das Bürgertum, wenn es auch nicht einheitlich ist, in der Regierung dennoch die Mehrheit besitzt wird. Angesichts der Agrarkrise und der drohenden Wirtschaftskrise ergeben sich in einer solchen Koalition nur begrenzte Wirkungsmöglichkeiten.

Aber auf der anderen Seite müssen wir auf die internationale Lage Rücksicht nehmen und begreifen, daß wir gerade jetzt, da das Friedensproblem im Vordergrund der internationalen Politik steht, von rein kapitalistischen und imperialistischen Regierungen keine Friedenspolitik, keine Abrüstungspolitik erwarten können. Wir müssen aber auch — wie dies die internationale Entwicklung zeigt — mit dem Umfange der internationalen sozialistischen Geschäfte rechnen. Bei Prüfung der für die Entscheidung ausschlaggebenden Tatsachen ist es aber vor allem anderen unsere Pflicht, den überaus schwierigen Verhältnissen in der Arbeiterbewegung unseres Landes Rechnung zu tragen.

Hieraus ergibt sich zum einzigen Punkt der Tagesordnung

Die Entwicklung, die in Smichov angebahnt wurde, muß weitergeführt werden.

Das Wahlergebnis des Jahres 1929 war vor allem darauf zurückzuführen, daß die Arbeiter damals an der Internationale verzweifelt. Wir glauben, daß es die tschechendeutsche Arbeiterklasse nicht ertragen würde, wenn es jetzt infolge einer neuen politischen und parlamentarischen Konstellation zu neuen Auseinandersetzungen zwischen den beiden sozialdemokratischen Parteien wieder käme.

Hier ist zu bedenken, daß die tschechischen Sozialdemokraten auf dem Standpunkte stehen, daß sie, da sie den Staat mit aufgebaut haben, sich für ihn verantwortlich fühlen und daß eine ernste politische Konstellation ohne und gegen sie gar nicht möglich ist. Hierzu kommt aber auch noch die weitere Erwägung, daß unsere Partei verpflichtet ist — wenn es nur halbwegs geht — ein etwaiges reaktionäres Regime zu verhindern.

Aus all diesen Gründen schlagen wir Ihnen vor, uns zur Fortführung der bereits begonnenen Verhandlungen zu ermächtigen.

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Unser Parteitag.

Besondere Verhältnisse, vor die nur die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakischen Republik bisher noch nie gestellt sah. Umstände, wie sie durch den Ausfall der letzten Parlamentswahlen sich gestaltet haben. Probleme, die in bezug auf die Bestimmung weiterer Politik und Taktik einer Entscheidung zudrängen, hatten die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages notwendig gemacht und dieser Parteitag wurde am Samstag und Sonntag in Kuffig abgehalten. Alle Delegierten, welche diese beiden Tage der ersten und würdigen Verhandlungen miterlebten, haben gewiß als ersten den hochherzlichen Eindruck von der ganz ungewöhnlichen Begeisterung und Lebendigkeit unseres Parteiapparates und was noch weit schwerer wiegt: von der Aktionsfähigkeit und Disziplin unseres Parteikörpers im allgemeinen, wie unserer Vertrauensmänner im besonderen erhalten. Wenn auch schon Tage früher mit der Möglichkeit der Einberufung des Parteitages in manchen Parteikreisen gerechnet wurde, so konnten doch früher keine entscheidenden Vorarbeiten für ihn getroffen werden, ehe nicht die Parteivertretung die Notwendigkeit zur Einberufung für gegeben erachtete und so kam zu dem außerordentlichen Verhandlungszustand auch noch die außerordentliche Aufgabe hinzu, den Parteitag binnen der wohl denkbar kürzesten Frist einzuberufen und abzuhalten. Diese Aufgabe wurde im Zusammenwirken unseres Vertrauensmännerapparates — man darf es ohne Übertreibung sagen — glänzend gelöst. Am Mittwoch vormittag beschloß die Parteivertretung, den Parteitag einzuberufen, am Samstag waren über dreihundert Delegierte aus allen tschechischen Gebieten des Staates in Kuffig versammelt, keine zur Delegierung berechnete Körperschaft war unvertreten und in dieser kurzen Zeitspanne war nicht nur die Bestimmung der Delegierten durch die zuständigen Organisationen erfolgt, fast überall war es auch noch möglich, den Mitgliedern unserer politischen Organisationen Gelegenheit zu geben, zu der Frage, die den Parteitag zu beschäftigen hatte, in ausführlichen Debatten Stellung zu nehmen. Die Verechtigung des von einem der Redner auf dem Parteitag gesprochenen Wortes: „Das soll uns eine andere Partei nachmachen“, wird angesichts dieser bewundernswürdigen Organisationsleistung sicher niemand bestreiten können.

Der zweite und noch nachhaltigere Eindruck, den gewiß jeder einzelne Teilnehmer an der Kuffiger Tagung mit nachhause getragen hat, war ein nicht minder erfreulicher. Er betrifft den Verlauf der Verhandlungen. Nicht als ob alles wie „am Schnürchen“ ging, alles was an Meinungen zum Ausdruck kam, gleichartig, uniform war, in einer und derselben Richtung verlief und sich die Delegierten gehütet hätten, etwa aus — mißverständlicher — Disziplin, Bedenken vorzubringen, Einwände zu erheben und alles an Gründen und Gegengründen ins Treffen zu führen, was für und insbesondere gegen zu sprechen den betreffenden Rednern geeigneter erschien. Wäre es so gewesen, so hätte der Parteitag seine Aufgabe nicht erfüllt, es wäre dies ein Zeichen einer mangelnden geistigen Regsamkeit in den Reihen unserer Partei gewesen, einer Gleichförmigkeit des Denkens, die für einen lebenden Körper, wie es der einer Partei ist, ein schlimmes Zeichen gewesen wäre. Wie niemand in einer demokratisch aufgebauten Partei auch vor dem trefflichsten und richtigsten Argument bedingungslos Respekt heischen kann, so bedeutet natürlich auch nicht, daß jede vorgetragene falsche Ansicht Anspruch darauf hat, mit Ehrfurcht hingenommen zu werden, keinen Einspruch und Widerspruch gegen sie zu erheben. So kam es, daß mitunter lebhaft die Klänge gekreuzt wurden, aber in jedem Augenblick des vom Anfang bis zum Schluß unter der gespanntesten Aufmerksamkeit aller Teilnehmer stehenden Parteitages die Sorge und die Rücksicht auf die Partei und die Interessen der Arbeiterklasse die treibende Kraft aller Reden und aller Redner war. Um die Voraussetzung

Bezugsbedingungen:
Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post:
monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 96.-
jährlich 192.-

Abschaltung vom Monatsheften erfolgt nur bei Einstellung der Kontonummer.

Ersteinst mit Ausnahme des Montag (Sabbat) frei.

einer vollkommen ungehinderten freien Aussprache zu schaffen, die sich nicht durch irgendwelche Rücksichten auf die zu Entstellungen und falsche Ausdeutungen nur allzu leicht geneigte bürgerliche Presse gehemmt sieht, wurden die Beratungen des Parteitag vertraulich durchgeführt, aber nachträglich kann man den Wunsch nicht unterdrücken, daß nicht die gesamte Parteioffenheit, es wäre jedem Genossen und jeder Genossin möglich gewesen, diesen zweiwöchigen Verhandlungen, diesem ernstlichen, auf hoher geistiger Stufe stehenden Ringen um die Bildung einer in erster, verantwortungsvoller Lage notwendigen Willensmeinung beizuwohnen. Sie hätten gleich uns allen, die wir Gelegenheit hatten, dieser Prüfung auf die Reife und demokratische Disziplin unserer Partei beizuwohnen. Stolz, Freude und Genugtuung über das hohe Niveau empfunden, auf dem sich die Auseinandersetzungen bewegten. Der Diskussion war weitester Raum gewährt worden. Dreißig Redner ungefähr traten in der Debatte auf — welche eine Fülle von Rednerbegabungen, welche ein gewissenhaftes Abwägen aller Argumente und Umstände, die bei der Fällung der Entscheidung in Betracht kommen konnten! Was von den äußeren Umständen dieser bedeutungsvollen Parteitagung gesagt wurde, es trifft noch mehr von den Verhandlungen zu: keine bürgerliche Partei gibt es, die es uns hier gleichmachen könnte!

Die Entscheidung fiel uns, fiel niemandem, fiel auch dem Parteitag nicht leicht. Es ging darum, der Parteivertretung Vollmacht zu geben, die über Beschluß unserer letzten Reichskonferenz eingeleiteten Verhandlungen über den eventuellen Eintritt in die Regierungsmehrheit fortzusetzen. Zur Stunde ist es noch nicht so weit, daß dem Beschluß des Parteitag unmittelbare Geltung zukommen würde, noch ist es bloß eine Vollmacht an den Parteivorstand, unter gewissen Voraussetzungen, Sicherungen und Umständen den entscheidenden Schritt zu tun und nach ist eine Gewähr für diese Voraussetzungen nicht geschaffen, auch sind die Verhandlungen über die endgültige Art der neuen Regierung nicht zum Abschluß gelangt, aber es kann in den nächsten Tagen oder gar Stunden dahin kommen. Auf dem Parteitag gab es niemanden, der sich seine endgültige Meinung ohne harte Seelenkämpfe und ernieste Gewissensforschung geformt hätte. Seit der Gründung dieses Staates war unsere Partei niemals in ähnlicher Lage wie jetzt, stets stand sie gegen alle Regierungen in Opposition, ohne daß allerdings diese Oppositionsstellung an sich schon ausreichend gewesen wäre, ihr eine nie verlassende Anziehungskraft auf die außerhalb der unmittelbaren Kreise der deutschen sozialistischen Arbeiterklasse zu sichern. Seit dem Jahre 1920, das ist seit dem Augenblick, da die sudetendeutsche Arbeiterklasse auf parlamentarischem Boden für die Gestaltung ihrer Wünsche zu ringen begann, war ihre Verbekraft manchen Wandlungen unterworfen und es gab Zeitläufte, da unsere Bewegung gelähmt war, später hoffnungslos darniederlag, nicht nur weil große Massen der proletarischen Bevölkerungsdichten allerlei falschen Prophezen, wie den Bolschewiken, in hellen Haufen nachsief, von ihren trügerischen Heilslehren eintrassche Heilung ihrer sozialen, wirtschaftlichen und nationalen Nöte erhoffend, sondern vor allem deshalb, weil unsere Partei in ihrer Vereinfachung keine die Gestaltung der Verhältnisse im Staate bestimmende oder auch nur beeinflussende Kraft war, keine Hoffnung den Massen eröffnen konnte. Das soll natürlich nicht besagen, daß nur eine Teilnahme an einer Regierungsmehrheit das Heil für sie bedeuten kann, nach wie vor gilt der Grundsatz, daß es eine Beteiligung an der Regierungsmacht unter allen Umständen und ohne Rücksicht auf die Erfolgsmöglichkeit einer solchen Politik nicht geben kann: Aber was den Glauben der arbeitenden Massen an uns erhärtete, das war, daß die sozialistische Bewegung auch national zerissen war. Die tschechischen Sozialdemokraten in der Regierung, die deutschen naturgemäß in Oppositionsstellung auch gegen sie — wie sollte da in der Arbeiterklasse der Glaube an die Wirkungsunmöglichkeit des internationalen sozialistischen Gedankens Wurzel schlagen und aufkeimen!

Es wäre verhängnisvoll gewesen, wenn unser Parteivorstand in dem Augenblicke, da er sich vom Parteitage die Vollmacht geben ließ, Schritte weiterzuführen, die zu einer ohne Aufhebung der grundsätzlichen Stellung der Partei doch sehr wesensverändernden politischen Taktik führen könnten, nicht restlos aufrichtig zu der Masse der Parteigenossen gewesen wäre, es zugelassen hätte, daß über die Grenze der Wirkungsmöglichkeiten unserer Partei und der sozialistischen Parteien überhaupt übertriebene Vorstellungen, Illusionen entstehen. Bei Einschätzung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, unter deren Bestand die Entscheidung zu fällen war, ist niemand vollkommen geradlinig dahin gekommen, den Eintritt in eine Regierungsmehrheit anzuraten, mandem

Bedenken ist eine ernste Bedeutung nicht abzuquerkennen. Wenn dennoch der Parteivorstand dazu riet, im Falle der Erlangung gewisser Sicherungen diesen verantwortungsvollen Schritt zu tun, so vor allem aus dem Gedanken heraus, daß nichts für die gesamte Arbeiterklasse des Staates verhängnisvoller wäre, als eine Zerreißung der zwischen der deutschen und tschechischen Arbeiterklasse gesponnenen Verständigungsäden, eine Zerreißung, ohne daß vorher alle nur irgendwie bestehenden Möglichkeiten, sie enger zu knüpfen, ausgeschöpft wären. Aber auch deshalb, weil jedes im Rahmen unserer Grundtatsache mögliche Mittel angewendet werden soll, um das Los der deutschen Arbeiterklasse zu bessern und zu mildern.

Dieser Erkenntnis und Einsicht hat sich der Parteitag nicht verschlossen. Wichtiger noch wird sein, daß die Masse der deutschen Arbeiterklasse die Gründe würdigen lernt, die zu dem Beschluß führten. Er ist aus der besten Absicht, der Arbeiterklasse zu dienen, herangereift und wird gewiß auch so gewertet werden. Unsere Partei hat nichts preisgegeben, nichts von ihren Grundtatsachen, nichts von ihrem unerschütterlichen Glauben an das große Ziel, für das sie kämpft geopfert, sie geht nur einen neuen Weg, einen Weg Seite an Seite mit der tschechischen Sozialdemokratie, der allein in geschlossener proletarischer Front uns alle aus dem Elend unserer Lage herausführen kann!

Die Beschlüsse des Parteitag.

Unser Parteitag stimmte am Sonntag folgenden zwei Resolutionen zu:

I.

Von sämtlichen der Sozialistischen Arbeiter-Internationale angeschlossenen Parteien wird die Teilnahme der Sozialdemokratie an der Regierung nicht als grundsätzliche, sondern lediglich als politisch-taktische Frage angesehen. Dieser Standpunkt kommt, soweit es sich um die prinzipielle Seite der Frage handelt, auch in dem Beschluß des Karlsbader Parteitag vom Jahre 1920 klar zum Ausdruck. Er war seither, so oft auf den zurückliegenden Parteitagen die Frage der Koalitionspolitik zur Erörterung gelangte, unumwunden und unmissverständlich zur Auffassung der gesamten Partei.

Indem der Parteitag dies feststellt und dieser Auffassung neuerlich Ausdruck gibt, erklärt er, daß für die Entscheidung der Frage des Eintrittes der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in eine Regierungsmehrheit einzig und allein das Interesse der Arbeiterklasse und der Arbeiterbewegung maßgebend ist, und daß daher die Partei in jedem einzelnen Falle das Vorhandensein dieser Vorbedingungen zu prüfen haben wird.

II.

Der Parteitag nimmt den Bericht des Parteivorstandes über die Verhandlungen der Parteivorstandes mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei, sowie über den Stand der Mehrheitsbildung zur Kenntnis und billigt das bisherige Vorgehen der Parteinstanzen.

Trotz aller Bedenken gegen die Möglichkeit einer gezielten Wirksamkeit der sozialdemokratischen Parteien des Landes im Rahmen einer Koalitionsregierung, ermöglicht der Parteitag dem Parteivorstand, die Verhandlungen über den Eintritt in die Regierungsmehrheit fortzuführen. Es geschieht dies einestells im Hinblick auf die internationale Lage, sowie die Stellung und die Aufgaben der Arbeiterklasse im Rahmen der internationalen Politik. Es geschieht dies im Interesse der Ermöglichung einer weiteren Ausgestaltung und Vertiefung der Zusammenarbeit der deutschen Arbeiterklasse des Landes mit der tschechischen Bruderpartei, es geschieht in Würdigung der Ergebnisse der letzten Wahlen und der Notwendigkeit der Abwehr eines sonst unvermeidlich reaktionären Regimes.

Als Voraussetzung für den Eintritt in eine Regierungsmehrheit und das Verbleiben in ihr, verlangt der Parteitag Sicherung in sozialpolitischer, wirtschaftlicher, demokratischer und national-kultureller Hinsicht.

Unser Parteitag.

(Fortsetzung von Seite 1.)

Der Parteitag ist in seiner Entscheidung frei, wir haben ihn in den bisherigen Verhandlungen in keiner Weise vorgegriffen.

Nur dazu haben wir uns auch ohne Parteitagbeschlüsse ermächtigt gefühlt, die unserer Partei nicht würdigen Angebote eines Landmannministeriums und des Ernährungsministeriums abzulehnen (Beifall).

Nachdem Genosse Dr. C z e c h noch festgestellt hat, daß die Partei sowohl hinsichtlich der Regierungsbildung als auch hinsichtlich des Regierungsprogramms mit den tschechischen Genossen gemeinsam vorgeht, schließt er:

Wir werden nicht zu Sklaven der Koalitionspolitik werden und niemals die Tatsache des Klassenkampfes vergessen. Was immer geschieht, wird geschehen im Interesse der Einheit der Arbeiterbewegung. Wir werden immer die Klassenarmee der sudetendeutschen Arbeiter sein. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Als erster Redner in der Debatte

sprach Genosse **Kahabla** (Sternberg) über das Verhältnis zwischen unserer Partei und der tschechischen Sozialdemokratie. Er verwies auf die außenpolitische Situation und befaßte sich mit der Lage in Oesterreich. Er trat schließlich für die Herabsetzung der Militärlasten und der Dienstzeit ein.

Mader (Neudorf) meinte, daß die Haltung der Partei bis jetzt immer richtig gewesen sei. Er sprach über die Schäden, die der Bürgerblock angerichtet hat und wies dabei besonders auf die Verschlechterung des Sozialversicherungsgesetzes und auf die schädlichen Folgen des Gemeindefinanzgesetzes hin. Die Arbeiter des Erzgebirges stehen tren hinter dem Parteivorstande.

Nischmann (Reuttscheln) sagt, daß das Problem des Eintrittes in eine Koalitionsregierung bereits behandelt wurde. Die Arbeiterklasse beschäftigt sich sehr eindringlich mit diesen Fragen und hofft, daß der Parteitag eine Entscheidung treffen werde.

Hein (Görkau): Die Massen haben sich für die Beilegung des Bürgerblocks ausgesprochen. Es ergeben sich daraus gewisse Verpflichtungen für die Partei. Die Arbeiter haben Vertrauen in die Parteiführung. Der Abbau der sozialpolitischen Gesetzgebung, der sich unter der Bürgerregierung vollzog, darf nicht fortgesetzt werden.

Blahn (Karlsbad): Bei uns ist die Lage durch das Vorhandensein einer verhältnismäßig starken kommunistischen Bewegung kompliziert. Die Beteiligung an der Regierung ist vor allem vom Standpunkt der Außenpolitik aus zu betrachten. Wir müssen bestrebt sein, die Einheit mit den tschechischen Genossen zu wahren. Sozialistische Aufbaubarbeit können wir in diesem Lande nicht leisten, wenn wir uns allein gestellt bleiben.

Krejei (Trautenau): Die gegenwärtige Situation rechtfertigt einen etwaigen Regierungseintritt nicht. Wir mühten kräftiger sein. Die Arbeiterklasse würde schwer enttäuscht werden, wenn ihre hochgespannten Erwartungen nicht erfüllt werden könnten. Wir würden lange Zeit brauchen, bevor in der Koalition etwas Positives erreicht werden könnte. Eine starke Opposition wird eine viel bessere Sicherung der Arbeiterklasse sein. Das Schicksal der Partei ist uns wichtiger als alles andere.

Röhner (Bischofstein) begrüßt die Zusammenarbeit mit den tschechischen Genossen, betont die Notwendigkeit der Reform des Pressegesetzes und plädiert für die Schulautonomie.

Röhner fährt unter anderem folgendes aus: Das Regieren wird selbst dann nicht immer angenehm sein, wenn wir die Mehrheit der Wähler haben und der Kapitalismus noch bestehen wird. Grundsätzliche Ablehnung der Koalitionspolitik heißt, grundsätzlich auf die Gestaltung der Dinge verzichten, heißt dem Faschismus die Wege zu ebnen. Wenn man auf dem Standpunkt der Demokratie steht, dann kann man nicht darauf verzichten, in das Schicksal des Landes einzugreifen. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, aber haben wir doch auch Vertrauen zu uns selbst! Wir können nicht dauernd beiseite stehen und müssen für die Arbeiterklasse herausholen, was irgendwie nur möglich ist. Wir müssen jede Waffe benutzen, jede Möglichkeit in unseren Dienst stellen. Ueber alle Erwägungen aber müssen wir die stellen, daß die Zukunft der Arbeiterklasse im Staate, daß jeder Fortschritt davon abhängt, daß wir mit den tschechischen Sozialdemokraten zusammengehen.

Nach den Ausführungen des Genossen Röhner werden die Verhandlungen auf den Sonntag vertagt.

Am Sonntag, den 1. Dezember werden die Verhandlungen um 8 Uhr früh vom Vorsitzenden Genossen **B e t t e l** wieder eröffnet.

Als erster Redner führt **Orbohlav** (Reichenberg) aus, daß wir bei der Betrachtung der Dinge das Schicksal der gesamten Arbeiterbewegung in Erwägung ziehen müssen. Durch unser Fernbleiben von der Regierung würden wir nur den bürgerlichen Einfluß stärken.

Palme (Elbogen): Die sudetendeutsche Arbeiterklasse hat in ihrer überwiegenden Mehrheit volles Verständnis für eine Politik der Anteilnahme an der Regierung. Wir haben unter der Parole: „Nieder mit dem Bürgerblock!“ unseren Wahlsieg errungen.

Richard Rejzner (Bodenbach): Es ist richtig, daß die breiten Massen eine Aenderung des Systems wünschen. Wir müssen aber prüfen, ob wir die reale Macht haben, eine solche Aenderung herbeizuführen. In dieser Richtung sehe ich in der Koalitionspolitik eine große Gefahr für unsere Bewegung.

Jarolim (Turn) bemängelt, daß bei der Regierungsbildung bisher über das Programm überhaupt nicht verhandelt wurde. Wir würden in der Regierung wenig erreichen, aber für Vieles die Verantwortung übernehmen müssen, was wir bisher entschieden bekämpft haben.

Jassch (Prag): In der tschechischen Agrarpartei gibt es Elemente, welche nicht anerkennen wollen, was für ein Faktor die deutsche Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem, sozialem und kulturellem Gebiete ist. Diese Bedeutung muß in politische Macht umgewandelt werden, um den Hochmut der tschechischen Bourgeoisie zu brechen. Es ist schwer für uns, die Verantwortung dafür zu tragen, daß wir in einer Schicksalsstunde der europäischen Demokratie abseits stehen. Ohne Mithilfe der tschechischen Linksparteien gibt es keinen Fortschritt. Wir dürfen allerdings mit der tschechischen Linken nur insoweit zusammengehen, als es mit der Zukunft unserer Partei vereinbarlich ist.

Tieche (Königswald) glaubt, man könne die Koalition nicht unbedingt ablehnen, aber man müsse ein Minimalprogramm für den Eintritt in eine Koalitionsregierung schaffen.

Rambauste (Braunau) gibt seiner Empörung darüber Ausdruck, wie die tschechische Agrarpartei unsere Partei bei der Regierungsbildung behandelt hat. Das zeigt, von welchem Machtbewußtsein das Bürgertum erfüllt ist. Redner müsse davor warnen, in eine Koalitionsregierung einzutreten. Die Zukunft wird entscheiden, welche Auffassung über die Koalitionspolitik recht behält.

Nichter (Teichsen): Der Faschismus pocht an die Tore, nur die Einheit der Arbeiterklasse wird ihn abwehren können. Unsere Erwartungen werden vielleicht nicht alle erfüllt werden, aber wir können manche Absichten der Reaktion verhindern. Es ist die Wiederherstellung der Demokratie notwendig und die Gelegenheit dazu muß ausgenutzt werden. Wenn es uns gelingt, gewisse Erfolge zu erreichen, dann braucht uns auch vor einer kommenden Wahl nicht bange zu sein.

Feeger (Nägerndorf): Von einer Koalitionsfreude kann überhaupt keine Rede sein. Alle Genossen sind sich der Schwierigkeiten einer Koalitionspolitik bewußt. Die Vertrauensmänner meinen jedoch, daß alles unternommen werden müsse zur Abwehr der bevorstehenden Anschläge des Bürgertums und zur Wiedergutmachung der durch das Bürgertum herbeigeführten Schäden. Trotz aller Schwierigkeiten muß ein gemeinsames Vorgehen der Sozialdemokratie erreicht werden. Unsere Gegner werden natürlich bemüht sein, unsere Politik agitatorisch auszuwerten. Das ist für uns kein Grund, zurückzuschrecken. Unsere grundsätzliche Stellung zum Militarismus wird sich auch durch die Regierungsteilnahme nicht ändern. Wenn die Möglichkeit besteht, sichtbare Erfolge zu erringen, dann muß der Schritt getan werden.

Stark (Wies): Die Vertrauensmänner des Kreises Pilsen haben der Entscheidung des Parteivorstandes einmütig zugestimmt.

Bohl (Turn): Vom Bequemlichkeitsstandpunkt wäre die Opposition vorzuziehen. Wir hatten aber bis jetzt keinen Einfluß. Der Eintritt in eine Regierung bedeutet natürlich Verantwortung, vor der manchen bange ist. Die Gewerkschaften, die Genossenschaften und die Vertrauensmänner in den Gemeinden müssen schon lange positive Politik machen. Im Verhältnis zwischen uns und den tschechischen Genossen hat sich manches zum Guten geändert. Man muß dem Parteivorstand die Vollmacht erteilen, mit den Verhandlungen über das Programm mit den tschechischen Genossen fortzuführen. Ein neuerliches Auseinandergehen bedeutet eine Tragödie für die Arbeiterklasse.

Reinsmer (Komotau): Wir werden den Eintritt in die Regierung trotz der großen Verantwortung machen müssen, aber nur, wenn wir wissen, daß wir für die Arbeiterklasse Erfolge erzielen können. Das Band zwischen uns und den tschechischen Genossen darf nicht wieder zerissen werden. Wir müssen Vertrauen zu uns selbst und zu unseren Unterhändlern haben.

Wellan (Brünn) beantragt Schluß der Rednerliste, weil schon 20 Genossen gesprochen haben und noch zehn Redner vorgemerkt sind. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Hofbauer (Prag): Auch die Stimmen der Warnung sind wertvoll, weil sie die Frage erst ins richtige Licht setzen. Wir wollen endlich positive Arbeit leisten, aber wir dürfen den Arbeitern keine zu großen Hoffnungen machen, weil nur ein Teil unseres Programms erfüllt werden können. Die Verbindung zwischen den Parlamentariern und den Vertrauensmännern muß verstärkt werden. Bei einem Eintritt in die Regierung denken wir nicht an das Interesse des Staates, sondern an das Interesse der Arbeiterklasse. Auch in der Koalition werden wir den Klassenkampf führen.

Dr. Heller (Leipzig): Es ist nicht richtig, daß uns das Problem der Regierungsbeteiligung unvorbereitet trifft, denn wir mühten uns schon seit langem mit der Frage beschäftigen, was zu geschehen hat, wenn es uns gelingt, den Bürgerblock in die Minderheit zu drängen. Es ist erfreulich, daß wir — wie dies alle Debattenreden bewiesen haben — in unserer Entschlußfassung ganz unabhängig sind von der Rücksichtnahme auf die Kommunisten. Wir wollen unseren Kampf dorthin verlegen, wo er augensichtlich für die Arbeiter am wirkungsvollsten sein kann. Wir erkennen die Schwierigkeiten nicht, aber wir müssen auch den Mut haben, die Verantwortung zu tragen, welche die Stärke der Partei uns auferlegt.

Pöhl (Aussig): Es kann sich nur um taktische Erwägungen handeln. Bei den Genossen, die in den Selbstverwaltungskörpern arbeiten, hat noch niemals die Auffassung Platz gegriffen, daß sie mit dem Bürgertum dadurch eine Art Bürgerfrieden herstellen, wenn sie gemeinsam mit

Zürtische Wahlen in Iglau.

Unerhörte Wahlschwindereien. — Unsere Partei gewinnt 1 Mandat.

In dem schönen alten Städtchen Iglau herrschte seit einigen Wochen eine Stimmung, die mehr als alles andere zeigte, daß „etwas in der Luft liegt“. Ganz offen wurde davon gesprochen, daß für die Gemeindevahlen, die am Sonntag stattfanden, große Wahlschwindereien vorbereitet wurden, die die tschechische Mehrheit stützen sollten.

Das, was sich nun am 1. Dezember bei den Gemeindevahlen zugetragen hat, übersteigt wohl die Grenzen selbst der in größeren Städten geübten Praxis. Viele hunderte Wähler, meist Arbeiter und Angestellte, erhielten ihre Wahllegitimationen und Stimmzettel überhaupt nicht zugestellt. Auch als sie in der Wahlabteilung des Rathauses gegen Vorweis der Ausweispapiere dieses an sprachen, wurden die Wahl dokumente ihnen nicht ausgefolgt, wie in vielen Fällen einwandfrei festgestellt wurde. Der Großteil dieser Wähler, der dann am Sonntag in den einzelnen Kommissionen die Wahldokumente beanspruchte, mußte feststellen, daß auf ihre Namen bereits in den ersten Morgenstunden gewählt worden war.

Trotz diesem Terror, trotz des bewußt und mit viel Sorgfalt vorbereiteten Wahlschwindels hat sich unsere Partei bei diesen Wahlen sehr gut geschlagen. Im Jahre 1925 erhielt unsere Liste 806 Stimmen und durch Koppelung zwei Mandate. Bei den Sonntag stattgefundenen Gemeindevahlen erhielt unsere Partei 1491 Stimmen und drei Mandate. Die Stimmzahl hat sich also gegenüber den letzten Gemeindevahlen fast verdoppelt. Dennoch bedeutet diese Stimmenanzahl eine kleine Verminderung gemessen an dem Resultat, das bei den im Oktober durchgeführten Wahlen in das Parlament erzielt wurden. Zieht man die Wahlmethoden, den maßlosen Wahlschwindel, den Wahlraub an den deutschen Arbeitern und Angestellten in Betracht, können wir freudig feststellen, daß sich unsere Genossen auch bei diesen Wahlen glänzend geschlagen haben.

Eine Verschiebung in der Mandatszahl zwischen Deutschen und Tschechen hat die Wahl nicht gebracht. In die Augen springend ist der gewaltige Gewinn der tschechischen Sozialdemokraten, die ihre Mandate von 6 auf 11 erhöhten. Sie sind mit 4549 Stimmen die stärkste Partei in Iglau und keine Partei erreicht auch nur annähernd diese Stimmenanzahl. Katastrophal ist die Niederlage der Kommunisten. Die Kommunisten haben von vier Mandaten bei den sonntägigen Wahlen drei verloren und ziehen nun als Einmannpartei in die neue Gemeindevertretung ein. Die Kommunisten, die vor fünf Wochen immerhin noch 1128 Stimmen erhielten, mußten sich nun mit 673 Stimmen zufrieden geben. Auch die Palenkreuzler haben ein Viertel ihrer Stimmen, die sie am 27. Oktober erhielten, abgeben müssen. Die Deutschdemokraten und Deutschnationalen haben gegenüber den letzten Gemeindevahlen Einbußen erlitten. „Eine Strafe Gottes“, so werden wohl die frommen Christlichsozialen jagen, wenn sie das Wahlergebnis vor Augen bekommen haben. Von 3142 Stimmen, die sie vor fünf Wochen erhielten, verblieben ihnen bei den Gemeindevahlen nur mehr 1309 Stimmen. Fast zweitausend Stimmen in fünf Wochen verloren zu haben, auch wenn man in Betracht zieht, daß sie am 27. Oktober mit der Gewerkepartei eine gemeinsame Liste hatten — die Gewerkepartei erhielt nur 726 Stimmen — da kann man wirklich von einem Strafgericht durch die Wähler sprechen.

Es erhielten Stimmen und Mandate: Deutsche Sozialdemokraten 1491, 3 Mandate (früher 2), tschechische Sozialdemokraten 4549, 11 Mandate (6), Kommunisten 673, 1 Mandat (4), tschech. Nationalsozialisten 1434, 3 Mandate (3), Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft 1579, 4 (4), Christlichsoziale 1309, 3 (4), Gewerkepartei 726, 2 (2), Deutschnationalen 1509, 4 (4), Mieterschutzliste 24, 0, deutsche Nationalsozialisten 656, 1, tschech. nationale Arbeiterpartei 527, 1 (früher Vpboruy 4), tschechische Gewerkepartei 756, 2 (2), Nationaldemokraten 545, 1 (1), tschechische Merkale 931, 2 (2), Agrarier 297, 1 (1), tschech. Hausbesitzer 316, 1 (0), tschech. Wirtschaftspartei (Chlum) 736, 2 (0), Liste des kleinen Volkes (Pustitz) 277, 0, tschech. Nationalpartei (Cerveny) 196, 0 (1).

Ohreigen in der Wahlkommission. — Die Polizei führt ein Mitglied der Wahlkommission ab, die Falschwähler wähley weiter. — Das Auto 128. — Der unauffindbare Herr Bezirkshauptmann.

Wie bei den Wahlen „gearbeitet“ wurde, um 2000 tschechische Stimmen mehr herauszubekommen, als noch vor fünf Wochen abzugeben wurden, davon geben einige von den vielen Ereignissen des Tages Zeugnis. In einer Wahlkommission forderte, nachdem trotz wiederholter Proteste ein Einschreiten der Polizei gegen die Falschwähler nicht zu erzielen war, ein Kommissionsmitglied in recht energischer Form eine Sicherstellung eines Wählers. Da in allen Kommissionen schon vorher festgelegt worden scheint, daß solche Dinge einfach nicht erledigt werden, stimmte die „Mehrheit“ des Rathauses ab und verworft den Antrag. Das Mitglied stellte sich neuerdings gegen das offensichtliche Unrecht und errietete dafür Ohreigen und den Griff eines

Polizisten, der ihn abführte. Nun durften die Herren „Wähler“ ungehindert weiter wählen.

Ein besonderes Stück „Arbeit“ wurde von dem Auto Nr. 128, das dem Tischlermeister Adamel gehört, geleistet. Einige unserer Vertrauensmänner stellten fest, daß in diesem eine Frau zu verschiedenen Wahlkommissionen geführt wurde, in denen sie auch „wählte“. Trotz der Proteste unserer Genossen wurde die Frau zur Wahl zugelassen. Ueberhaupt spielten die Autos eine nicht unbedeutende Rolle. Bekannte Jglauer erinnerten sich, in der Stadt jemals so viele Autos gesehen zu haben.

Auch der Herr Bezirkshauptmann, der doch gewiß ein ganz besonderes Interesse um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung am Wahltag hatte, gab ein recht bezeichnendes Beispiel von seiner Pflichterfüllung. Als eine Deputation der deutschen Parteien ihn im Amtsgebäude aufsuchen wollte, erhielten sie zur Antwort, daß der Herr Bezirkshauptmann nicht anwesend sei. In seiner Wohnung, wo er dann gesucht wurde, wurde mitgeteilt, daß er im „Amt“ sei. Erst nachdem auch Vertreter tschechischer Parteien ins Amtsgebäude kamen, wurden sie zu einem Kommissar vorgeführt, worauf dann auch die Vertreter der deutschen Parteien Einlass fanden. Jedenfalls sollte der Innenminister Cerny seinen Untergebenen für Wahltag doch zumindest Weisungen geben, die darauf zielen, daß dieselben wenigstens in ihrer Wohnung entsprechende Weisungen für Auskunftsbesuche zurückschicken.

Und nun die „Wähler“ der Siechenanstalt. Nach dem Gesetz darf nur dann gewählt werden, wenn der Wähler sich selbst im Wahllokal einfindet. In Iglau gilt scheinbar das Gesetz für diese Fälle nicht. Denn es wurde festgestellt, daß eine Person, die in einem Auto vorgefahren war, die Legitimationen der Siechenhäuser besaß und „für diese wählen“ kam.

Es ist selbstverständlich, daß diese „Wahlen“ ein Nachspiel haben werden. In den meisten Kommissionen haben die Vertreter der deutschen Parteien und der Kommunisten deshalb, weil ihren Wünschen, die Proteste in die Wahlprotokolle aufzunehmen nicht entsprochen wurde, die Wahlprotokolle nicht genehmigt. Diese Methoden, die diesmal bei den Gemeindevahlen in Iglau gehandhabt wurden, sind wohl das Unübertrefflichste an Wahlmethoden überhaupt. Und darauf stolz zu sein heißt, wohl stolz darauf zu sein, die in den Balkanländern praktizierten Wahlmethoden übertriffen zu haben.

Gemeindevahlen im Teplitzer Bezirk.

Teplitz, 2. Dezember. Gestern fanden in drei Gemeinden des Teplitzer Bezirkes Wahlen in die Gemeindevertretungen statt. In allen drei Gemeinden wurde ein außerordentlich scharfer Wahlkampf gegen unsere Partei geführt. Am bemerkenswertesten ist wohl der Wahlausgang in Turn, einer Stadt, in welcher unsere Genossen nach den Wahlen vom Jahre 1927 den Bürgermeister stellten, ihn aber später zurückzogen, weil der sozialistische Block durch Auspringen der Kommunisten sich von einer Mehrheit in eine Minderheit umwandelte. Das Wahlergebnis in

ist folgendes:

Parteien	1927 Gemeinde St. Mand.	1929 Parl. St.	1929 Gemeinde St. Mand.		
Deutsche Sozialdemokraten	2918	11	3045	3047	11
Tschech. Nationaldemokr.	134	1	115	167	1
Demokraten 1	108	—	—	—	—
Arb. u. Wirtschaftsgem.	429	2	834	594	2
Kaiserliste	—	—	—	1066	4
Tschech. Gewerkepartei	217	1	231	250	1
Juden	265	—	224	343	1
Deutsche Christlichsoziale	704	3	671	421	2
Tschech. Nationalsozialisten	458	2	622	582	2
Kommunisten	870	3	988	742	3
Tschech. Sozialdemokraten	834	3	813	755	3
Deutsche Nationalsozialisten	636	2	1259	859	3
Tschech. Christlichsoziale	65	—	105	103	—
Hausbesitzerliste	286	1	—	372	1
Deutsche Nationalpartei	1855	7	1003	612	2

Unerkennbar blieb uns der Eindruck, den der Wahlausfall in Turn vom Gesichtspunkt unserer Partei erweckt. Die Gegner von links und rechts haben es, trotzdem sie alle Mittel, auch Lügen, in den Dienst ihrer Propaganda stellten, nicht vermocht, unsere Stellung, die wir bei den Parlamentswahlen errangen, zu erschüttern. Den Gipfel erreichten natürlich die Kommunisten, die in den letzten Tagen einige Flugzettel herausgaben, in welchen sie unsere Partei in der verlogenen Weise angriffen. Ihre Angriffe sind aber abgeprallt. Unsere Stellung hat sich als unannehmbar erwiesen. Ja noch mehr! Die Angriffe der Kommunisten sind schließlich auf sie selbst zurückgefallen. Sie erlitten eine schwere Niederlage, die, wenn man den Wahlausgang im proletarischen Lager betrachtet, das eine hervorragende Merkmal der Turner Gemeindevahlen ist. Die Kommunisten erhielten bei den Parlamentswahlen 988 Stimmen, vier Wochen später, am letzten Sonntag, nur 742. Von Bedeutung ist auch, daß sie am letzten Sonntag weniger Stimmen erhielten als bei der Gemeindevahl im Jahre 1927, wo sie

Heute Klärung der Situation? Genosse Dr. Czech bei Udrzal.

Prag, 2. Dezember. Der Ministerpräsident Udrzal nahm heute die durch das Wochenende unterbrochenen Verhandlungen, die sich in der Richtung der Ressortaufteilung innerhalb eines Konzentrationskabinetts bewegen, wieder auf. Wittoqs empfing er zu einer längeren Aussprache die tschechischen Sozialdemokraten Sampl, Bechno und Meißner. Nach der „Prager Presse“ war die Grundlage dieser Besprechungen die von den tschechischen Sozialdemokraten präzisierten Ansprüche auf drei Ressorts. Der Ministerpräsident nahm die von den Sozialdemokraten gestellten Anträge zur Kenntnis und stellte eine Antwort für morgen in Aussicht.

Tagsüber hielten die Deutschen Agrarier eine Sitzung des Reichsparteivorstandes ab, in der die Frage erörtert wurde, ob die Partei das ihr angebotene Gesundheitsministerium annehmen oder auf der Forderung nach einem vollwertigeren Ressort beharren solle. Gegen Abend begab sich eine Abordnung zum Ministerpräsidenten und informierte ihn über den — allerdings noch nicht endgültig festgelegten — Standpunkt der Parteivertretung. Nach einer parteioffiziösen Meldung soll Udrzal dahin informiert worden sein, daß das Angebot bei den landbändlerischen Organisationen auf den stärksten Widerstand stöße. Die Sitzung der Agrarier wird jedoch noch abends fortgesetzt und Udrzal erst morgen endgültig Bescheid gegeben werden. Wir kommen auf diese Angelegenheit, die zwischen deutschen und tschechischen Agrariern eine ordentliche Verschmutzung hervorgerufen hat, noch zurück.

Später wurde Genosse Dr. Czech zum Ministerpräsidenten gebeten. Udrzal kam zunächst auf den seit der letzten Aussprache abgehaltenen Parteitag in Aussig zu sprechen und erkundigte sich nach dem Verlauf und den Ergebnissen; im weiteren Verlauf der Unterredung informierte er den Genossen Dr. Czech über den augenblicklichen Stand der Mehrheitsbildung.

Am Abend war trotz aller Besprechungen die Lage immer noch ganz ungeklärt. Immerhin steht das eine fest, daß sich die Situation in den aller-nächsten Tagen, wahrscheinlich schon morgen, irgendwie klären und eine Entscheidung getroffen werden wird. Nur läßt sich kaum voraussagen, in welcher Richtung diese Entscheidung liegen wird. Es kann nach der am Abend vorliegenden Situation ebenso gut zu einer Einigung über die Ressortaufteilung wie zur Rücklegung der Mission Udrzals kommen. Nur daß noch einige Tage lang nutzlos hin und her verhandelt wird, kann als unwahrscheinlich bezeichnet werden.

es noch auf 870 Stimmen brachten. Unsere Partei hat ihren Stand vom 27. Oktober d. J. restlos behauptet, sie gewinnt gegenüber den Gemeindevahlen vom Jahre 1927 129 Stimmen. Während sie damals das elfte Mandat auf Grund ihres Stimmenrestes erhielt, hat sie diesmal elf Mandate im ersten Verfahren bekommen, wobei sie noch einen Stimmenrest von 99 aufweist. Die Wähler, die sich von den Kommunisten abgemeldet haben, haben die sogenannte unpolitische Liste des früheren Bürgermeisters Kaiser gewählt, der der Nationalpartei angehörte, infolge verschiedener Differenzen aber ausgetreten ist. Sein Erfolg ist das zweite Merkmal der Wahlen vom Sonntag. Er erzielte 1066 Stimmen und vier Mandate. Vor allem auf Kosten der Nationalpartei, die 1927 1855 Stimmen und sieben Mandate, bei den Parlamentswahlen noch 1003 Stimmen, vergangenen Sonntag aber nur noch 612 Stimmen und zwei Mandate bekam, also rund zwei Drittel ihres Bestandes eingebüßt hat. Verloren haben auch die Christlichsozialen, ferner die deutschen Nationalsozialisten, die zwar gegenüber der Gemeindevahl vom Jahre 1927 Stimmen und auch ein Mandat gewinnen, gegenüber der Parlamentswahl vor vier Wochen aber mehr als 400 Stimmen verloren haben. Einen verhältnismäßig großen Stimmenzuwachs weisen die Juden auf, denen im Jahre 1927 nur eine Stimme zur Erlangung eines Mandates fehlte. Nun sind sie zum erstenmal im Kollegium mit einem Mandat vertreten.

So interessant und bedeutungsvoll die Verschiebungen im Stimmenverhältnis im bürgerlichen und proletarischen Lager auch sind, so erfreulich es ist, daß das Wahlergebnis beweisen hat, daß die Stellung unserer Partei nicht zu erschüttern ist, so muß doch gesagt werden, daß die Wahl nicht die gewünschte Klarheit in der Turner Stadtvertretung gebracht hat. Bemerkenswert ist, daß die Wahlbeteiligung schwächer war als vor vier Wochen.

Soboten.
Deutsche Sozialdemokraten 326 Stimmen, acht Mandate (1924 336 Stimmen), tsch. Sozialdemokraten 115 Stimmen (1924 210 Stimmen), Kommunisten 99 Stimmen, tsch. Nationaldemokraten 54 Stimmen, deutsche Nationalsozialisten 90, Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft 261, tschechische Nationalsozialisten 221 Stimmen.

Hundorf.
Deutsche Sozialdemokraten 264 Stimmen, sechs Mandate (1925 225 Stimmen, fünf Mandate), deutsche Nationalsozialisten 85 Stimmen, zwei Mandate (68 Stimmen, ein Mandat), deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft 124 Stimmen, drei Mandate (184 Stimmen, fünf Mandate), Kommunisten 153 Stimmen, drei Mandate (128 Stimmen, drei Mandate), tschechische Sozial-

bürgerlichen Parteien die Gemeinden verwalten. Trotz der scheinbaren Kooperation in den Gemeinden tobt auch dort der Klassenkampf weiter. Auch sozialistische Gemeindepolitik kann man nur gegen das Bürgerium machen. Wir müssen in erster Linie das Verhältnis zu den tschechischen Genossen berücksichtigen und ständig bemüht sein, die Einheit zu erhalten. Vier Jahre Bürgerkoalition haben auch dem tschechischen Proletariat die Augen geöffnet.

Kehler (Bodenbach): Wir gewannen Stimmen, weil wir die Unrechtliehkeit der bürgerlichen Parteien aufzeigten. Wenn unsere Partei auch nur einen Augenblick eine Politik der Zwiespältigkeit betriebe, so wäre es von dauerndem Schaden. Es gibt keine prinzipiellen Gegner der Koalitionspolitik, sondern es geht nur um die Frage, ob der Regierungseintritt bedingungslos zu erfolgen habe oder nicht. Wird man in einer Koalition mit den Bürgerlichen etwa die Schulreform durchführen können? Zur jetzigen Parteiführung haben wir alle Vertrauen.

Grund (Tschich): Zwei Fragen müssen beantwortet werden: Mit wem die Koalition und was mit der Koalition? Die internationale Situation übt heute keinen Zwang auf uns aus, eine Koalitionsregierung zu bilden. Das einzige Argument für die Teilnahme an der Regierung ist die Zusammenarbeit mit der tschechischen Sozialdemokratie. Diese ist nicht zu unterschätzen, aber die Zusammenarbeit erfordert Pflichten von beiden Seiten.

Schmid (Msch): Ist für die Koalitionspolitik, wenn gewisse Mindestforderungen garantiert werden.

Sacher (Fischer): Das freundschaftliche Verhältnis zur tschechischen Sozialdemokratie wäre aus Jahre hinaus vernichtet, wenn wir jetzt nicht gemeinsam mit unseren tschechischen Genossen vorgehen. Den Arbeitern müssen wir begreiflich machen, daß die Koalitionsregierung ein neues Kampfmittel auf einige Zeit ist und daß wir dieses Kampfmittel auch wieder aufgeben werden, wenn die Zeit dazu gekommen ist. So ist es jetzt notwendig, den Arbeitern den Mieterschutz und damit das Dach über dem Kopfe zu sichern.

Köbler (Bodenbach): Wir müssen zu den tschechischen Genossen Vertrauen haben und uns bemühen, sie zu verstehen. Wenn uns das Bürgerium nichts gibt, so werden wir uns das weitere Verhalten überlegen.

Zister (Bodenbach): Es ist zweifelhaft, ob man mit den tschechischen Agrariern einen Erfolg erreichen kann. Anschläge des Bürgeriums können wir auch in der Opposition abwehren.

Damit ist die Debatte beendet, das Schlußwort fällt

Genosse Dr. Czech.

Der Referent rekurriert noch einmal den Gang der bisherigen Geschehnisse und begründet die an anderer Stelle wiedergegebenen Resolutionen. Sodann fährt Genosse Dr. Czech fort: Alle Argumente, die gegen eine Koalitionspolitik vorgebracht wurden, haben wir uns selbst vor Augen geführt. Wir müssen aber auch die Konsequenzen einer Ablehnung zu Ende denken.

Unsere Forderungen können wir durch eine Isolierung in der Opposition nicht durchsetzen.

Wir vermögen das Schicksal der arbeitenden Menschen in diesem Lande nur zu wenden im Verein mit dem tschechischen Proletariat. In Smichov sind die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit geschaffen worden. Wir dürfen das Band nicht zerreißen. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir in die Regierung eintreten, so werden wir es nicht so tun wie die deutschen Aktivisten. Wir werden vielmehr keinen Tag länger in der Koalition verbleiben als in ihrer Wirkungsmöglichkeit für die Arbeiterklasse gegeben sind!

Trotz Koalitionspolitik werden wir nicht vergessen, daß es unsere Aufgabe ist, die Massen für den Sozialismus zu gewinnen, bis wir so stark geworden sind, daß wir Koalitionspolitik nicht mehr nötig haben. Wir werden diesen Parteitag einig und geschlossen verlassen, mit dem festen Willen, an der Verwirklichung unserer Ziele zu arbeiten. (Stürmischer Beifall.)

Nach den Ausführungen des Genossen Dr. Czech wird die

Abstimmung

über die Resolutionen vorgenommen. Sowohl die prinzipielle Resolution, die dem Parteitag im Druck vorlag, als auch die Resolution, die Genosse Dr. Czech dem Parteitag in seinem Referat vorgelegt hat, wurden angenommen.

Für die Mandatsprüfungskommission beauftragte Genosse T a u b, daß im ganzen 371 Delegierte am Parteitag anwesend sind. Davon haben 338 das Stimmrecht, 33 beratende Stimme, von den Delegierten sind 53 Frauen.

In seinem Schlußwort dankte Genosse Dewitte vor allem den Aussig Genossen für die gute Vorbereitung und der Aussig Singegemeinde für den schönen Chor. Ganz besonders dankt er im Namen des Parteitages dem Vorsitzenden der Partei Genossen Dr. Czech für die großen geistigen und körperlichen Anstrengungen, denen er sich in den letzten Wochen im Dienste der Partei unterzogen hat. (Stürmischer Beifall.) Genosse Dewitte sagt: Wir können angesichts dieses Parteitages aussprechen: Die deutsche Sozialdemokratie ist eine lebendige Partei, auf die jeder Arbeiter stolz sein kann.

Nach vier Uhr nachmittags wurde der Parteitag mit dem Liede der Arbeit geschlossen.

demokraten und Nationalsozialisten 187 Stimmen, vier Mandate (161 Stimmen, vier Mandate).

Der Erfolg, den die Partei in Hundorf erlangt hat, ist beachtenswert. Besonders in Hundorf haben unsere Genossen keinen leichten Stand. Der Ausgang der Gemeindevahl zeigt nun, daß die Partei in Hundorf wieder im Aufstieg begriffen ist. In Soborten haben wir gegenüber den Parlamentswahlen einige Stimmen verloren. Aber wer die besonders schwierigen Verhältnisse in dieser Gemeinde kennt, der wird diesen kleinen Verlust nicht allzu hoch einschätzen. Wenn man das alles in Betracht zieht, was bei der Gemeindevahl in Soborten im Spiel gewesen ist, dann muß man sagen, daß sich unsere Genossen tapfer geschlagen haben. Gegenüber den Landes- und Bezirkswahlen haben wir in Soborten überdies noch ganz beträchtlich gewonnen. Zum neunten Mandat hat uns nur eine Stimme gefehlt.

Tagesneuigkeiten.

Die rote Kongressstadt.

Auffig kann sich unter den deutschböhmisches Städten rühmen, in seinen Mauern schon die meisten sozialdemokratischen Parteikonferenzen abgehalten zu haben. Ein Vorkriegsparteitag und drei Nachkriegsparteitage tagten bereits in diesem Verkehrsnotenpunkt des industriereichsten böhmischen Nordens. Samstag und Sonntag wehte wieder die rote Fahne über dem Volkshaus, diesem historischen Zentrum der starken Arbeiterbewegung des Aufziger Bezirkes. Delegierte aus allen deutschen Gebieten dieses Staates belebten die Straßen. Auch die einheimische Arbeiterschaft zeigte für die Verhandlungen des Parteitagess größtes Interesse. Aus allen Richtungen waren die Blide der proletarischen Menschen und auch der bürgerlichen Öffentlichkeit auf die Auffiger Tagung gerichtet, die eine wichtige Entscheidung für die Arbeiterklasse und für die innerpolitische Entwicklung dieses Landes bringen sollte.

In Auffig pulst reges industrielles Leben und Handelsreiben. Sonntag zeigte es das bewegte Straßenbild einer Großstadt. In den schmalen Gassen der einstmalig so beschiedenen Elbesiedlung stauten sich vor modernst eingerichteten Läden und Schaufenstern die Scharen der Neugierigen. Viele Arbeiter und Arbeiterinnen aus den umliegenden Dörfern waren darunter, die bei den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen ihre Nisolo- und Weihnachtseinkäufe nur in der Phantasie besorgen können. Fernab vom Trübel leuchteten die Fenster der Ferdinandshöhe, einem in freundlicheren Jahreszeiten vielbesuchten Aussichtspunkt im Weichbild der Stadt. Auch diese Stätte hat ihren Platz in der Geschichte unserer Bewegung, weil dort bald nach dem Umstürze die deutschen sozialdemokratischen Jugendorganisationen der Sudetenländer in einen mächtigen Verband zusammengefaßt wurden, der allerdings schon nach kurzer Tätigkeit den Spaltungshieben der Kommunisten erlag.

Ein Spaziergang auf die Ferdinandshöhe war nach der feischen Hochspannung der Parteitagdebatte eine schöne Erholungstunde. Von ihrer Terrasse kann man erst die Ausdehnung und Bedeutung des Aufziger Industriezentrums übersehen. Im Lichtmeer der Abendstunden zeigt Auffig keineswegs das Format einer Kleinstadt, wie es der bescheidene Eindruck seines Marktplatzes vortäuscht. Ringsum ein Kranz bedeutender Industrieorte: am jenseitigen Ufer die „Schicht“ Stadt Schredaukeu, anschließend Großpriesen, Stromaufwärts stellen Restomitz, Pömmerte, Schönprisen die Verbindung mit dem Bodenbacher Industriegebiet her. Gegen Teplitz bildet das hinter Glaschütze gelegene Türmitz ein starkes industrielles und sozialistisches Außenfort. An jedem Uferufer eine internationale Bahnlinie, über die Elbe donnern die von Brüx, Dux und Teplitz kommenden Kohlenzüge, unter der Eisenbrücke gleiten breitgebaute Lastfähne, die den Reichtum Böhmens, Mähls, Zuder, Obst gegen Mitteldeutschland und Hamburg tragen. Welch ein bedeutendes kommunales Zentrum könnten diese zusammenhängenden volkreichen Siedlungen sein, wenn sie die Eigenbrödelei und Herrschucht des Bürgertums nicht in eine ganze Anzahl von Verwaltungsgemeinden zersplittern hätte! Auf diesem Gebiete ist noch viel Arbeit zu tun!

Zahllose Lichter leuchten aus dem Elbeschiffenpor, spiegeln sich in den Fluten des Stromes, begleiten seinen Lauf oder verlieren sich dort, wo die Hügel des Mittelgebirges und die Klänge des Erzgebirges den Horizont abgrenzen. Wächter des Verkehrs, zeugen werktätigen und kulturellen Lebens sind diese vielfach Flammen. Und sie erzählen auch davon, daß da unten in den Finstern der Stadt wie draußen in den Süiten der Döfer in vieltausend Herzen die Flamme des Sozialismus brennt. Fast ein Viertelhunderttausend Stimmen hat dieser Auffiger Bezirk am 27. Oktober für den Sieg unserer Partei in die Waagschale geworfen! Auf einem solchen Volkwerk der Liebe und der Treue zur Partei läßt sich gut beraten, denn mag kommen was will: eher erlöschen alle Lichter am Elbstrom, als seinen Bahnen, in seinen Fabriken, bevor das trotzig proletariats Deutschböhmens seinen Freiheitsidealen untreu wird.

Peramann-tod.

Pilsen, 2. Dezember. Im Krimitischacht bei Rürschau wurde der Bergmann Gerstner aus Dobruka durch ein niedergehendes Föh verhängt und auf der Stelle getötet.

Amerika nimmt sich des Kellogg-Pattes an.

Einschreiten in Moskau und Peking.

Washington, 2. Dezember. Das Staatsdepartement richtete heute an China und Sowjetrußland eine sehr bestimmt gehaltene Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß laut Art. 2 des Kellogg-Pattes die Signatäre sich verpflichtet haben, die Lösung aller Streitfragen nur durch friedliche Mittel zu erstreben. Die amerikanische Regierung erwartet, daß die beiden Regierungen von feindlichen Handlungen absehen und sich in naher Zukunft über eine Methode einigen, durch die der gegenwärtige Konflikt auf friedlichem Wege bereinigt werden könne. Die amerikanische Regierung sei überzeugt, daß die Aktion, deren sich China und Rußland fortan in der Weltmeinung erfreuen könnten, zum großen Teil von der Art und Weise abhängen wird, wie sie ihr im Kellogg-Pakt übernommenes feierliches Versprechen zur Durchführung bringen.

Bei der Bekanntgabe dieser Erklärung sagte

Staatssekretär Stimson, daß es sich nicht um Noten, sondern um Memoranden handle, die vom Botschafter Amerikas in Peking und vom französischen Botschafter in Moskau den beiden streitenden Regierungen mündlich zur Kenntnis gebracht würden. Gleichzeitig habe er Abschriften an alle Signatäre im Kellogg-Pakte, also an 55 Regierungen, gefandt.

Der Abendung der Erklärung seien Besprechungen mit fünf Großmächten vorausgegangen, jedoch stelle der gegenwärtige Schritt eine selbständige amerikanische Aktion dar und sei unternommen worden, weil zwischen regulären chinesischen und regulären russischen Truppen Kämpfe mit vielen Todesopfern stattgefunden hätten; ferner weil jetzt feststehe, daß in all den Monaten seit Beginn des Konfliktes keine wirksamen Schritte zur friedlichen Beilegung von China oder Rußland unternommen worden seien.

Die deutsch-französische Kundgebung

der Sozialisten von Champigny.

Paris, 1. Dezember. Die sozialistische Partei veranstaltete heute im Pariser Vorort Champigny beim Denkmal der im Jahre 1871 gefallenen französischen und deutschen Soldaten eine Manifestation für die französisch-deutsche Annäherung. Die kommunistische Partei hatte ihre Anhänger aufgefordert, die Manifestation zu stören, weshalb der Pariser Polizeipräsident öffentliche Aufzüge in Champigny verbot. Am Denkmal sprachen der Direktor des Internationalen Arbeiterbundes Thomas und der Abgeordnete des deutschen Reichstages Sozialdemokrat Wels. Einem Häuflein von Kommunisten gelang es, bis zum Denkmal zu gelangen, wo sie einen Skandal herbeizurufen wollten.

Der Sejm einberufen.

Gegenseitige Mißtrauensanträge.

Warschau, 2. Dezember. Sejmarschall Daszynski hat die Eröffnungssitzung der Budgetsion des Sejm für den 5. d. einberufen. Auf der Tagesordnung der ersten Plenarsitzung des Sejm befindet sich als erster Punkt der Tages-

Einem zweiten Arbeiter wurde das Bein zerquetscht. Gerstner hinterläßt eine Witwe und mehrere unverfugte Kinder.

Westfrankfurt (Illinois), 2. Dezember. Bei einer Gasbergexplosion wurden sieben Bergarbeiter getötet. 15 gelang es sich zu retten.

Wenn das Förderseil reißt.

Bohum, 2. Dezember. In einem Stapelschacht über der 615 Meter-Sohle der Schachtanlage „Hannibal“ riß gestern um 4.30 Uhr morgens bei Schluß der Nachtschicht während der Auffahrt das erste vier Monate alte Förderseil. Auf dem Korbe befanden sich im Augenblick des Seilbruchs drei Leute. Ein Mann war sofort tot, die zwei anderen wurden schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert, wo sie nach wenigen Stunden starben.

Sich selbst enthaupet.

Sonnenburg (Neumark), 2. Dezember. Den Blättern zufolge hat im hiesigen Zuchthaus ein Gefangener dadurch Selbstmord verübt, daß er seinen Kopf unter das Messer einer Schneidemaschine legte und sich selbst enthaupete.

Die Opfer von Marseille.

Marseille, 2. Dezember. Die Zahl der infolge des Einsturzes von zwei Häusern zu verfallenden Opfer steht noch nicht genau fest. Bisher sind 12 Tote gezählt worden, doch befürchtet man, daß noch fünf Leichen unter den Trümmern liegen. Unter den elf Verletzten sind neun schwer verwundet.

Ein Gendarm von Räubern erschlagen.

Krems, 1. Dezember. Im Kampal erregte bei Gräfenegg eine Bluttat, der der Gendarmierpostenkommandant zum Opfer fiel. Aufsehen. Der 34jährige Gendarm ist vermutlich während einer Streifung von Einbrechern überfallen und in bestialischer Weise erschlagen worden. Seine Leiche wurde heute aus der Kamp gezogen. Sie war in furchtbarer Weise zugerichtet. Die Arme und Beine waren mit Striden an den Körper gefesselt. Man nimmt an, daß es die Räuber auf das Postamt abgesehen hatten, wo Ende des Monats gewöhnlich große Beträge zusammengezogen werden, die zur Bezahlung der zahlreichen Angestellten des Gräfenegger Schlosses dienen.

Die irrsinnige Tochter erschlägt den Vater.

Bischowwerda (Sachsen), 2. Dezember. Im benachbarten Ubst wurde heute nachts der in seinem Bette schlafende 77 Jahre alte Neuenempfinger Anichatar von seiner 35

bahnzuge erfaßt, wobei die sechs Insassen des Kraftwagens getötet wurden. — Ein nach New York fahrender Sonderzug ist in der Station Onley entgleist. Hierbei wurden neun Personen getötet und 26 verletzt.

Feuer in einer chemischen Fabrik. Sonntag nachmittag brach in der chemischen Fabrik der Brüder Hausmann in Neu-Oberberg in einer Werkstätte beim Teerlösen dadurch ein Brand aus, daß der Teer über den Rand des Kessels floß und sich an dem unter dem Kessel brennenden Feuer entzündete. Der Brand dehnte sich auf die weiteren Räumlichkeiten aus, wo auch zwei Waggons Poppe lagerten. Die herbeigeilte Feuerwehr war bemüht, die umliegenden Objekte zu schützen, da in dem nahen Kesselhaus die Gefahr einer Kesselexplosion bestand. Schließlich gelang es, dem Feuers Herr zu werden. Der angeschätzte Schaden wird auf 300.000 Kronen geschätzt.

Eine Gemeindefassa ausgegraben. In Altstad bei Friedel warben in der Nacht auf Montag unbekanntes Diebe die Gemeindefassa aus, wobei ihnen ein größerer Betrag in die Hände fiel. Die Nachforschungen nach den Tätern wurden eingeleitet.

„Unklare Belege“. Das Preßbüro meldet mit Bezug auf die Zeitungsmeldungen über die Veruntreuung von Geldern, die zur Entschädigung der von der feinerzeitigen Explosion betroffenen Bewohner der Tischlergasse bestimmt waren, muß konstatiert werden, daß diese die entsprechenden Beträge schon längst erhalten haben. Die beim Militärprokurator durchgeführten gerichtlichen Untersuchungen gegen den Offizier, der mit der Liquidierung der Gelder betraut war, betrifft von der eine Million übersteigenden Gesamtsumme bloß unklare Belege über ungefähr 12.000 Kronen. Ob es sich um eine strafbare Tat handelt, wird erst durch das gerichtliche Verfahren festgestellt werden.

Mißlungene Flucht. Sonntag wurde in Auffig der Dieb Eduard Smrzly verhaftet, der in letzter Zeit in Dublowitz eine Kasse ausgeraubt und 15.000 Kronen aus ihr entwendet sowie in der Strumpffabrik in Rosenthal bei Graupen Strümpfe im Werte von 29.000 Kronen gestohlen hatte. Die Gendarmerie erfuhr, daß er sich bei seiner Geliebten in Schönprisen aufhalte, und begab sich dorthin, um Smrzly zu verhaften. Als sich die Gendarmen dem Hause näherten, sahen sie den Räuber im Nachgewand vom Erker des Nachbarhauses herabsteigen. Der Räuber flüchtete zum Hafen, bestieg hier ein Boot und fuhr davon. Erst als die Gendarmen drohten, von der Waffe Gebrauch zu machen, lehnte er ans Ufer zurück und wurde verhaftet. Seine Verbrechen gestand Smrzly ein und nannte keine Komplizen.

Ein Senator der tschechischen Nationalsozialisten gestorben. Montag, um 3 Uhr früh, starb in Rutenberg im Alter von 49 Jahren der Klempnermeister und Senator der tschechoslowakischen nationalsozialistischen Partei, Ferdinand Raيمان. Der Verstorbene wurde nach dem Umstürze Bürgermeister der Stadt Rutenberg, welches Amt er durch 10 Jahre inne hatte. Bei den letzten Wahlen wurde er in den Senat gewählt.

Wiener Gemeindeaufträge für die Mannesmann-Röhrenwerke. Wie die „Stunde“ meldet, hat die Gemeinde Wien soeben mit den Mannesmann-Röhren-Werken (Kometan) einen Vertrag abgeschlossen, wonach sie ihren Gesamtbedarf an Stahlgühröhren für die Jahre 1930/31 bei den genannten Werken eindeckt. Es handelt sich hierbei um jährliche Lieferungen von je 5000 Tonnen im Betrage von je 5 bis 7 Millionen Schilling.

Eine Frau mit dem Küchenmesser ermordet. In Dortmund wurde in der Sonntagsnacht auf der Straße eine Frau mit einer schweren Stichverletzung am Halse tot aufgefunden. Die tödliche Verletzung war ihr mit einem Küchenmesser beigebracht worden, und zwar mit solcher Wucht, daß es abgebrochen war. Die Kriminalpolizei hat bereits eine Spur aufgenommen und hofft, den Täter in kurzer Zeit zu finden.

Freispruch einer mörderischen Schönheitskönigin. „Chicago Tribune“ meldet aus Mexiko: Frau Vidal, die kürzlich ihren Mann ermordet hat, der sie, obwohl er bereits verheiratet war, geheiratet hatte, wurde vom Schwurgericht freigesprochen. Frau Vidal wurde bei der vorjährigen internationalen Schönheitskonkurrenz als „Miß Mexiko“ zur mexikanischen Schönheitskönigin gewählt.

Autofahrer in den Straßengraben. Gestern früh gegen sieben Uhr stürzte auf der Linie Duz-Radoweski ein Autobus beim Schwager Schotterwerk in den Straßengraben. Der Lenker kam infolge des Reibens zu weit an den Straßengraben, verlor die Orientierung und stürzte die drei Meter tiefe Böschung hinunter. Der Wagen war glücklicherweise nur von einer Frau besetzt. Die Frau wurde mehrfach, jedoch nur leicht verletzt. Der Lenker trug keine Verletzungen davon. Der Materialschaden ist beträchtlich.

Versteuchte Kasseneinbrecher. In der Nacht des 1. Dezember bemerkte der Wachmann Břizga aus Tschentschik (bei Vann) in der Kanzlei der Raiffeisenkasse ein verdächtiges Geräusch. Er lief aus der Wohnung und gab Alarmrufe ab. In der Kanzlei befanden sich Einbrecher, die das Feuer erwiderten und dann die Flucht ergriffen. Die Kasse war bereits angebohrt. Die Einbrecher arbeiteten in Handschuhen und trugen Leberhschule, so daß sie keine Spuren hinterließen. Die Gendarmerie hat die Nachforschungen eingeleitet.

ordnung die erste Lesung des Budgetpräliminars, für das Budgetjahr 1929/30. Die oppositionellen Parteien beabsichtigen, bereits in der ersten Sejmigung den Antrag auf Erteilung eines Mißtrauensvotums für die Regierung Switalski einzubringen. Der parlamentarische Klub des Regierungsblochs wird seinerseits ein Mißtrauensvotum für Sejmarschall Daszynski einbringen. Die Abstimmung über die beiden Anträge wird für Freitag erwartet.

Marinekonferenz am 21. Jänner.

London, 2. Dezember. (Reuter.) Der Premierminister teilte heute im Unterhause mit, daß die Marinekonferenz in London definitiv am 21. Jänner 1930 zusammentritt. Der König habe seine Einwilligung gegeben, daß für die erste Plenarsitzung der Konferenz die sogenannte königliche Galerie im Oberhause verwendet werde und daß die Arbeitsstunden im St. James-Palais stattfinden.

In Beantwortung auf eine Anfrage erklärte Mac Donald, die künftige Marinekonferenz werde bloß einen Punkt als Beratungsgegenstand haben: Die beste Art und Weise zu suchen, wie die Konferenz zu einem Abkommen über eine Herabsetzung der Zahl und eine Beschränkung der Kriegsschiffe, u. zw. auf Grund eines gegenseitig angenommenen Kräfteverhältnisses gelangen könnte.

Jahre alten geisteskranken Tochter mit einem Beil erschlagen. Der Tod trat auf der Stelle ein. Die geisteskranken Tochter war seit August aus der Anstalt Krnsdorf beurlaubt.

Den Vater mit siedendem Wasser übergossen. In Pilska bei Bad Gleichenberg ereignete sich ein Fall unerhörter Rohheit. Der Besitzer, Musiker Fink, hatte nur die Hälfte seines Besitzes seinem Schwiegersohn übergeben. Die andere Hälfte sollte er erst nach dem Tode Finks erhalten. Es kam zu Streitigkeiten, in deren Verlauf der Schwiegersohn Fink an den Händen packte, während die eigene Tochter den Vater mit siedendem Wasser überschüttete. Fink erlitt besonders am Kopf fürchterbare Brandwunden. Fink wurde nach Graz ins Landeskrankenhaus gebracht.

Friedenstag zwischen den Nationen. In Prahburg wurde Sonntag vormittag im slowakischen Nationaltheater ein „Friedenstag zwischen den Nationen“ veranstaltet. Die Feiler eröffnete der Vertreter des Bürgermeisters Dr. Kraus mit einer slowakischen und deutschen Ansprache. Hierauf sprach der slowakische Jurist Kurofi, der ungarische Jurist Balogh und der deutsche Jurist Böhm.

Jugzusammenstoß. Aus Mährisch-Strau wird berichtet: In der Nacht vom 30. November auf den 1. Dezember überfuhr in der Station Polanka bei Schönbrunn ein Güterzug die Grenze und stieß mit einem anderen Güterzug zusammen. 18 Wagen wurden dabei beschädigt und die Eisenbahnstrecke verunreinigt. Der Eisenbahnverkehr wurde eingeleigt bis in die Abendstunden des 1. Dezember aufrechterhalten, von wann ab er wieder normal war.

Ueber eine halbe Million geraubt. In der Nacht zum Samstag wurde auf ein Pariser Postamt ein raffinierter Einbruchdiebstahl verübt. Als die Beamten um acht Uhr früh ihren Dienst antraten, fanden sie den Kassenschrank erbrochen und den Boden mit Kassenspapieren und kleineren Geldscheinen bedeckt, die die Einbrecher mitzunehmen verschmähten. Die Untersuchung ergab, daß die Diebe durch einen Nebeneingang in das Postamt gelangt sind, der nur durch einen Holzriegel versperrt war. Die Summe des geraubten Bargeldes beläuft sich auf eine halbe Million, während die Höhe der gestohlenen Wertpapiere noch nicht festgestellt werden konnte.

Eine englische Prinzessin in Moskau verhaftet. „Daily Mail“ berichtet aus Riga, Prinzessin Sophie Lieven, die Schwägerin des letzten Lordmayors von London Sir Rynaston Stubb, sei in Moskau verhaftet und von der GPU nach dem Subjanka-Gefängnis gebracht worden.

Der erste Transport deutschstämmiger Bauern aus Rußland ist Montag mitternachts in Chdtkuhnen eingetroffen.

Eisenbahn und Auto. In Whittier (Kalifornien) wurde ein Automobil von einem Eisen-

Sportsonderzüge von Prag. Die Staatsbahndirektion Prag-Züd teilt mit: In der heurigen Winteraison wird die Staatsbahndirektion Prag-Züd an jedem Samstag um 13 Uhr 37 ab 7. Dezember 1929 (letzte Fahrt am 29. März 1930) einen Sportsonderzug von Prag-Wilsonbahnhof nach dem Riesengebirge abfertigen. Die Rückfahrt erfolgt stets am Sonntag, und zwar beginnend mit dem 8. Dezember 1929 (letzte Fahrt am 30. März 1930). Die Sportsonderzüge werden wie im Vorjahre direkte Wagen zur 2. Klasse nach Polana, Klatzky, Hohenelbe, Freiheit-Johannisbad und zurück führen. Die Fahrpläne dieser Schnellzüge wie auch die Tage, an welchen sie verkehren, sind in den Auszügefahrplänen enthalten. Außerdem ist die Staatsbahndirektion Prag-Züd besondere Plakate, in welchen der gesamte Fahrplan von Prag nach allen Zielstationen der direkten Wagen sowie andere Bestimmungen über diese Schnellzüge angeführt sein werden. Zu diesem Zuge werden besondere Reisezettelkarten ausschließlich in Prag-Wilsonbahnhof Klasse Nr. 13 ab Montag die ganze Woche hindurch von 9-13 und von 16-19 Uhr und Samstag, dem Tage der Abfahrt, bis 13 Uhr für den Einheitspreis von K 38.— abgegeben. Zu diesen Fahrkarten ist gleichzeitig eine Anweisung zur Benützung des Sportsonderzuges für 1 K zu kaufen. Weitere Gebühren werden nicht eingehoben. Relationsfahrkarten mit drei- und vierzähliger Gültigkeit werden in Prag-Wilsonbahnhof, Denisbahnhof und Masarykbahnhof (je nach den Abfahrtsstationen der Relation) und in anderen Orten gleichfalls auf den Bahnhöfen, und zwar ohne jeden Zuschlag und nur zu dem auf der Fahrkarte ausgewiesenen Preis abgegeben. Nähere Informationen erteilt die Staatsbahndirektion oder der Vorstand jeder Station.

Professor Dobias in Prag. Der bekannte deutsche Zeitungswissenschaftler Univ.-Prof. Dr. Emil Dobias, Direktor des Instituts für Zeitungswissenschaften in Berlin, wird am Donnerstag, den 5. Dezember, um 4 Uhr nachmittags (pünktlich), in der Freien Schule der politischen Wissenschaften in Prag II., Kralovska 6/III., über das aktuelle Thema „Die jüngste Entwicklung der deutschen Presse“ sprechen. Der Vortrag ist allgemein zugänglich. Der Gastvortragende gehört zu den prominentesten Vertretern der jungen Zeitungswissenschaft, sein Name hat internationalen Klang. Mitten aus der journalistischen Arbeit wurde Professor Dobias auf den eigens für ihn geschaffenen Lehrstuhl an der Berliner Universität berufen.

Ein betrügerischer Bankier. Nach einer Mitteilung der Hamburger Kriminalpolizei ist gegen den in Berlin geborenen Hamburger Bankier Paul Sid, der in dem dringenden Verdacht steht, als Inhaber einer Hamburger Bankfirma Depotgelder unterschlagen zu haben, Haftbefehl erlassen worden. Paul Sid verschwand am 22. November aus Hamburg, nachdem er vorher erklärt hatte, er wolle in Berlin Bekannte aufsuchen. Nach den Feststellungen der Berliner Polizei hat er sich aber dort anscheinend überhaupt nicht aufgehalten.

Die falsche Braut geheiratet. Der amtierende Pastor der St. Anita-Kirche in Montevideo war mit Eheschließungen außerordentlich überlastet und hatte sich eine Virtuosität in unglaublich schneller Trauung erworben. Als dieser Tage zwei- undvierzige Paare des kirchlichen Segens harrten, postierte ihm eine peinliche Verwechslung. Die ausnahmslos tief verschleierte Bräute waren in bestimmter Reihenfolge aufgestellt, ebenso die entsprechenden Bräutigame. Und so wollte es der Zufall, daß in der Reihenfolge der Bräute eine Verwirrung entstand, die bei der einen der Trauungen bewirkte, daß der 16. Bräutigam die

17. Braut am Altar fand, die er als solche wegen ihrer tiefen Verschleierung nicht erkannte. Die Braut ihrerseits hatte kaum Zeit, „Ja“ und „Amen“ zu sagen, als sie es merkte, daß sie den falschen Bräutigam erwählt hatte. Darob große Bestürzung und lange Diskussionen in heftigen Akzenten, ob die Ehe gültig sei oder die Scheidung wegen Ungültigkeit überfällig.

Zwei Millionen gestohlen. Bei der letzten Revision der Staatsbank auf den Philippinen fand man bei den Reservenvorräten der Bank an amerikanischen Dollarsnoten über zwei Millionen Dollar von Ratten zerfressen. Man kann sich nicht erklären, wie die Tiere in die Tresors hereingekommen sind, man vermutet indes, daß, als bei der im vorigen Jahre stattgefundenen Revision die Panzertüren aufstanden, sich zwei Ratten eingeschlichen haben, die sich dann bei der wertvollsten Raubung unheimlich stark vermehrt haben müssen. Eine besondere Merkwürdigkeit bei dem Vorfall ist, daß nur die Notenpakete angegriffen wurden, indes die in demselben Raum lagernden Effektenpakete nahezu unberührt vorgefunden wurden.

Eine Grabchrift für Clemenceau.

Der Frankfurter Zeitung wird aus Landau in der Pfalz geschrieben:

Als Anfang 1919 die französische Besatzung im besetzten Gebiete u. a. in Landau auch einen Teil der Räume eines Nebenbahnhofes beschlagnahmt hatte, suchten sich die in jenen Räumen untergebrachten französischen Soldaten

die Stunden zu verkürzen, indem sie Innen- und Außenmauern mit Inschriften befragelten. Von lautet ein Bierseller folgendermaßen:

Quand Clemenceau un jour quittera ce monde, lei repose en paix l'assassin des Français.

(Wenn Clemenceau einst diese Welt verläßt, schreiben wir tapferen Landsler auf sein Grab: Hier ruht in Frieden der Mörder der Franzosen.)

Schwachsinn.

Dr. Durchlaucht legten Wert darauf, sich demokratisch zu gebärden. Sie begaben sich in die Anstalt der öffentlichen Wohlfahrt und ließen sich Vortrag über die Insassen halten. Durchlaucht hielten es für verdienstlich und tröstlich, jedem der armen Teufel ein Sprüchlein zu sagen.

In der Herrenheilanstalt zeigte der Oberarzt dem erlauchten Herrn einen schweren Fall von Schwachsinn. Der Herr Doktor hielt eine große sachmännliche Rede über diese Krankheit und der Patient hörte ebenso aufmerksam zu, wie der hohe Besucher. Endlich sprach dieser: „Zehr interessant. Ich bewundere die Weisheit der Natur, die es göttlich gefügt hat, daß die Kranken selbst von ihrem Leiden nichts merken. — Du kannst deinem Schöpfer dankbar sein“, sagte er zu dem Patienten. „Du auch“, antwortete der und drehte seiner Durchlaucht den Rücken. Alfred Auerbach.

Wie verhüte ich Erkältungen?

Von Dr. G. Wagner.

Erkältung ist in der gegenwärtigen Jahreszeit ein leider nur zu aktuelles Ereignis und deshalb wohl wert, daß wir uns ein wenig mit ihr befassen. Vorerst: was sind die Ursachen der Erkältung? — „Hier stoß ich schon.“ So groß die Fortschritte der modernen Medizin sind — so gering ist die Kenntnis von den wahren Ursachen der Erkältungskrankheiten. Es gibt Forscher, die sie hauptsächlich auf Infektion zurückführen, andere wieder weisen auf die nötige klimatische und persönliche Disposition dazu hin. Es wird beides sein — also die Infektion und die Disposition.

Die Ursachen der Erkältung zu kennen, wäre aber deshalb so wichtig, weil man nur gegen das sich schützen kann, was man kennt. Ein paar Fingerzeige liefert aufmerksam Beobachtung. Zeit ungedulden Zeiten wird behauptet, daß starke Abkühlung und Durchnässung der Füße Erkältung hervorruft. Vor ein paar Jahren haben nun medizinische Forscher dies ausprobiert; sie setzten ihre Füße besonders stark der Kälte und Nässe aus — und diese Erkältung stellte sich auch prompt ein, während der gesamte Körper sowohl Feuchtigkeit als auch Kälte ziemlich gut ertragen konnte, ohne daß krankhafte Erscheinungen eintraten.

Aber es sind nicht die Füße allein, die Erkältungen bewirken können! Zwei Düsseldorf'ser Ärzte, die Doktoren Bachmann und Fleischer, haben in dem hygienischen Institut der Düsseldorfer Akademie Versuche gemacht, welche die Ursachen der Erkältung erforschen sollten — und zwar nicht mit den Füßen, sondern mit den Händen. Die Temperatur der Fingeroberfläche bei den verschiedensten Graden wurde genau beobachtet sowie die dabei im Körper eintretenden Wirkungen. Wenn die normale Zimmertemperatur 18 bis 19 Grad beträgt, so hat die Fingeroberfläche etwa 30 Grad Celsius. Brachte man nun die Fingertemperatur auf 25 Grad herab, so trat vorerst nur ein Kältegefühl ein, das sich auf die Hände beschränkte. Aber je mehr man die

Abkühlung fortsetzte, desto mehr dehnte sich das Kältegefühl über den ganzen Körper aus. Und bei 20 Grad war bereits eine deutliche Allgemeinstörung da. Frostgefühl im ganzen Körper, ziehende Schmerzen im Rücken und in den Gliedern, kurz, die Frühsymptome der Erkältung traten auf. Und schließlich kam es dann zu Kältekrämpfen, die den ganzen Körper erschütterten — die experimentell erzeugte Erkältung war eingetreten.

Nun machten die Gelehrten Versuche, in denen sie ihren ganzen Körper einer starken, allgemeinen Abkühlung aussetzten, und dabei traten keine nachhaltigen Störungen des Organismus auf: Erkältung und Schnupfen blieben aus. Und so schließen nun die beiden Ärzte, daß es vor allem die örtlich begrenzten Abkühlungen sind, die zu einer Erkältung führen, während eine gleichmäßige allgemeine Abkühlung des Körpers dies nicht so stark bewirkt. Wie aber dies alles zusammenhängt, ist noch nicht ergründet.

Daß es mit der lokalen Abkühlung als Erkältungsurache etwas auf sich hat, beweisen jene Fälle, wo Menschen, die längere Zeit gezwungen waren, die Hände nasser Kälte auszusetzen, von Erkältungskrankheiten befallen wurden. So z. B. Frauen oft beim Waschen der Wäsche im kalten Wasser; oder beim Hantieren mit Eis.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß Erkältung die Widerstandskraft des Organismus gegen Infektionskrankheiten herabsetzt — ein triftiger Grund also, sich möglichst vor Erkältung zu hüten. Denn der Möglichkeit einer Infektion sind wir im täglichen Leben so mißtonisch ausgelegt, daß wir gar nicht tun können, als durch vernünftige gesunde Lebensweise, zu welcher auch Vorsicht vor Erkältungen gehört, die Festung unseres Körpers gut vor diesen unsichtbaren, aber so gefährlichen kleinsten Feinden zu verbarrikadieren.

Die Erkältung ist der trennlose Wörtner, der dem Bazillenheer Tür und Tor öffnet!

Emerentias Kreuz.

In diesem Winter hatte Emerentia Wachsuhder fast gar keine Gäste im Hause. Außer dem kranken Studenten, den ihr der gleichfalls vereinsamte Badearzt bald wegschnappte, und dem jungen Lehrer, der auf einige Tage zum Ekzfahren heraufgekommen war, wohnte nur die Schriftstellerin da, die wenig und manchmal gar nichts zahlte (aber warum sollte man ihr kündigen; die große Pension stand leer genug, und außerdem wußte sie auch nicht wohin, die Krone).

Fast den ganzen Tag brachte Emerentia jetzt drunten im Erdgeschloß in der großen, düsteren, aber warmen Küche zu. Manchmal kam der Franz herein, ihr Neffe, den ihr Mann als Arbeitsburschen angenommen hatte, und den er nun von früh bis spät draußen im Schuppen Holz hacken ließ, wärmte sich, lachte mit großem Mund, ach viel. Abends, nachdem er Tante ein paar Groschen abgebetelt hatte, ging er mit seinen Freunden zum Schuhplatteln.

Die Schriftstellerin im ersten Stock suchte die Morgen selbst Holz im Walde — sie nannte das einen Sport — arbeitete auf ihrem Zimmer bis zur Dämmerung und kam schließlich, um Licht zu sparen, mit einem Buch oder einer Handarbeit zu Emerentia in die Küche. Nach dem Abendessen spielten die beiden Frauen eine Partie Schach (ein etwas vereinfachtes Schach, das nicht nur einen Weltschachmeister zum Schachkrampf gebracht hätte).

Auch wer von Berufs wegen nicht zu psychologischem Scharfsicht verpflichtet war, wie diese Schriftstellerin beispielsweise, mußte bemerken, daß es mit Emerentias Ehe nicht zum besten stand. Der Mann kam niemals in die Küche. Wenn er nicht draußen mit den Mistbeeten zu schaffen hatte, hielt er sich droben in der überheizten Stube auf, in der er auch zusammen mit dem kleinen Töchterchen schlief. Emerentias Schlafzimmer lag am anderen Ende des langen

Klures. Und dann — gab es da noch eine blonde Schwester der Emerentia, eine ehemalige Lehrerin, die, als sie bei Kriegsausbruch stellungslos aus dem Ausland gekommen war, Emerentias Einladung angenommen und zu einem ansehnlich lebenslänglichen Besuch verlängert hatte. Diese Lehrerin schien sich droben als eigentliche Hausfrau zu fühlen. Sie ordnete die Stube des Gärtners, leitete ihn Gesellschaft und erzog die kleine Emerentia, die man immer seltener zur Mutter in die Küche ließ. Da die schlechten Einnahmen dieses Winters es Emerentia nicht erlaubten, sich Personall zu halten, so ersah sie bald als der Schwester und des Mannes Magd: sie kochte das Essen für sie, brachte es herauf, wusch ihre Wäsche, reinigte ihre Schuhe. Man sprach kaum mit ihr.

Als die Schriftstellerin längere Zeit hindurch im Hause lebte, fragte sie eines Abends nach der Schachpartie: „Warum lassen Sie sich das alles gefallen. Frau Emerentia?“

Die gute Frau, die auf diese Frage nur geantwortet haben mochte, erzählte: „Denken Sie nicht, ich sei immer noch ein Mädchenbrödel gewesen!... Früher, ach, ich war ein stolzes Mädchen... Wir Geschwister haben alle etwas Tüchtiges gelernt. Ich war Küchenschef in einem großen Schweizer Hotel, und als Fürst Bilow einmal bei uns gespeist hatte, mußte mich der Direktor rufen lassen, und sie haben mich gelobt... Ich sparte viel, aber heiraten wollte ich nicht. Mein Mann hat gedrängt und gedrängt, und schließlich hab' ich nachgegeben, ihm alles Geld überlassen und wir sind hierher gekommen, und er hat das Haus gekauft. Ich richtete eine Fremdenpension ein. Wie das hergegangen ist! Das war ein Leben treppauf, treppab! Da hab' ich nichts angefaßt; dazu waren die Möbel da. Ich konnte nur immer kommandieren und nachsehen, daß es meinen Gästen gut ging. Mein Mann hielt sich abseits in seiner Garnerei; ich mußte ihm Obst und Gemüse bezahlen... Damals merkte ich schon: er hat mich

nur wegen des Geldes genommen; aber zu sagen gab er mir weiter keinen Grund...“

Erst als meine Schwester ins Haus kam... Anfangs war ich dagegen blind. Dann sah ich, wie sie sich in den Ecken herumdrückte und sich künftigen. Ich pagte auf; ich schlich mich nachts vor ihr Zimmer und riß die Tür auf... da sprang er flugs zum Fenster hinaus. Ich schimpfte. Sie waren still und stellten es heimlicher an. Aber dann brachte sie ihn in ihre Gewalt und hegte ihn gegen mich auf und er begann mich zu schlagen. Auch das Kind mißhandelte er. Sie ging umher mit frechen und triumphiierenden Blicken... Ich sagte ihr's deutlich, sie möchte mein Haus verlassen. Da lachte sie mir ins Gesicht: Dein Haus? Das Haus gehört dem Pastel, und bei ihm bin ich zu Gast!“

Freilich gehört ihm das Haus auf dem Papier, weil ich so ein dummes und vertrauensseliges Weib gewesen bin! So ist es denn immer schlimmer geworden. Sie haben sich immer mehr herausgenommen. Zum Pfarrer bin ich gegangen und habe ihm gesagt. Er hat von der Kanzel herab auf die Ehebrecher gewettert. Mein Mann hat drunten gelächelt, als ging's ihn nichts an...“

„Warum lassen Sie sich nicht scheiden?“ unterbrach sie hier die Zuhörerinnen.

„Ach, liebe Frau, hundertmal wollte ich fort! Aber das ist hier meine Arbeit, mein Brot... Soll ich als ältere Frau in der Fremde Magd werden? Dann lieber hier...“

Sie horchte nach oben. Schwere Stiefel stampften über die zitternde Decke.

„Und soll ich das Feld räumen?“ fuhr sie leiser fort. „Das wollen sie ja nur. So lange ich hier unten bin, können sie ihr Glück nicht restlos genießen.“

„Wenn Sie d a r a n denken, müssen Sie es eben tragen...“

„Ja“, sagte Emerentia feierlich, „ich will es tragen...“ R. Dorf.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Aussperrung der Arbeiterchaft der Lannwalder Maschinenfabrik.

Mit 2. Dezember hat die Lannwalder Maschinenfabrik der Firma Lederer und Wolf ihre gefante Besetzung von 120 Mann ausgesperrt und gleichzeitig auch die Entlassung des Betriebsausschusses verfügt. Der Konflikt entstand daraus, daß die Firma von den Arbeitern die Zustimmung zu einem 30- bis 80prozentigen Aufwandsbau verlangte. Die Arbeiterchaft war nach langwierigen Verhandlungen bereit gewesen, einer Regulierung der Akorde und einer teilweisen Herabsetzung zuzustimmen. Die Firma beharrte jedoch auf der restlosen Anerkennung ihrer Forderungen, die für die Arbeiterchaft unannehmbar waren. So verfügte nun die Firma die Gesamtausperrung, deren Dauer unabsehbar ist.

Gleichzeitig hat der Hauptverband der Industrie den Kollektivvertrag für die Metallindustrie des Reichsberger Gebietes zum 31. Dezember gekündigt. Die Herrschaften wollen also die sich etwas verschlechternden Konjunkturverhältnisse zu ihren Gunsten ausnützen und durch Schwarzmarkieren die Arbeiter um ihre bisherigen Errungenschaften bringen. Diese Absichten werden allerdings an der Enschlossenheit der Arbeiter scheitern. Die Lannwalder Maschinenfabrik ist für alle Metallarbeiter strengstens gesperrt!



Kleine Chronik.

Das weiße Nashorn stirbt aus. Ein merkwürdiges Tier ist das weiße Nashorn, das hauptsächlich aus dem Grunde wenig bekannt ist, weil es sich nicht fangen läßt. Selbst der Zoologische Garten von Rom, der fast alle Tierarten kennt und besitzt, hat von ihm nicht ein einziges Exemplar. Der Direktor dieses Zoos äußerte sich kürzlich folgendermaßen über das weiße Nashorn: „Nimmer wieder bekommen wir“, so schreibt er, „Anfragen von allen möglichen Zoologischen Gärten der Welt nach weißen Rhinocerosen, und die Amerikaner haben bereits die größten Summen geboten, wenn wir ihnen ein solches Tier liefern, aber der Versuch, sie in der Gefangenschaft zu halten, ist so hoffnungslos, daß unsere Regierung nicht mehr länger gestatten will, sie zu jagen. Man hat schon weiße Rhinocerosen in jugendlichem Alter gefangen, aber sie sind so empfindlich, daß sie bald vor Hunger sterben. Wer aber ein erwachsenes Tier fangen will, der kann nur schwere Enttäuschungen erleben. Das Einfangen von Löwen und Elefanten ist, damit verglichen, eine leichte Aufgabe. Das weiße Rhinoceros wird entweder seinen Jäger töten oder sich selbst. Die Tiere sind so scheu, daß sie beim bloßen Anblick eines menschlichen Wesens den nächsten Gegenstand, der ihnen zu Gesicht kommt, mit ungläublicher Wildheit angreifen. Wenn in der Nähe ein Baum ist, so stoßen sie gewöhnlich ihr großes Horn so tief in das Holz, daß sie sich nicht mehr befreien können. Sobald wenn man versuchen wollte, sie mit einem starken Stahlnetz zu fangen, so würde das nichts nützen, denn sie toben in ihrer Raserei so furios, daß man sie nicht forbringen kann. Da alle Versuche bisher vergeblich waren und zum Tode der Tiere führten, verbietet die Regierung des Sudan jetzt jede Jagd. Trotz dieses Verbotes nehmen sie mehr und mehr ab.“

Das Autogramm als Zahlungsmittel. Rupert Kipling, der englische Dichter, wurde durch den letzten Auszug, den er von seiner Bank erhielt, nicht wenig in Erstaunen gesetzt. Bei dessen Durchsicht fand er nämlich, daß nur ein geringer Bruchteil der von ihm ausgegebenen Schecks zur Einlösung vorgezeigt wird. Die Preise, die für Autogramme Kiplings gezahlt werden, sind in letzter Zeit so gestiegen, daß er sich die merkwürdige Tatsache nur damit erklären kann, daß man es vorzieht, die Schecks als Autogramme in den Handel zu bringen als sie bei der Bank einzulösen.

Der Trick des Vadenbildes. Zu einiger Zeit kamen in Madrid umfangreiche Vadenbildställe vor, denen die Polizei vergebens nachspürte, bis sich schließlich ihr Verdacht auf einen eleganten jungen Mann lenkte, der als Photographie auftrat. Er kam in die feinsten und größten Geschäfte der spanischen Hauptstadt, und hat nun die Erlaubnis, Photographien ihrer Geschäfte für einen Anlauf anzufertigen, der in einer großen amerikanischen Zeitschrift erscheinen sollte. Man gewährte ihm gern jede Unterstützung; er stellte einen Apparat von ungewöhnlichem Umfang auf und empfahl sich höflich, nachdem er seine Arbeit beendet hatte. Aber als die Polizei schließlich zugriff und den Apparat beschlagnahmte, da entdeckte sie in diesem eine Anzahl kostbarer Pelze, die er mit fortnehmen wollte. Der Vadenbild hatte die Freiheit, die ihm das Herumgehen bei den Aufnahmen gewährte, dazu benützt, mit großer Geschicklichkeit sich wertvolle Dinge anzueignen und diese in seiner riesigen Kamera zu verbergen, mit der er dann unbehindert abzog.

Optimismus. Der Professor John Haynes Holmes hat in einem Vortrag, den er kürzlich in der Detroit Universität hielt, u. a. gesagt, jeder Mensch, der sich verheiratet, müsse sich die Tatsache vor Augen halten, daß er auf 50 Proz. seiner Unabhängigkeit zu verzichten habe. Der Vortrag kam dem bekannten englischen Humoristen G. R. Chesterton zu Gesicht, der sich begnigte, zu murmeln: „Solche Optimisten kann es doch nur in der neuen Welt geben!“

